



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

---

**Nr. 6**

**Juni 1972**

## **AIB-Aktuell**

S. 2

## **Republik Südvietsnam**

Arthur Westing:

Das US-Programm zur Vernichtung von Nahrungsmitteln  
in Südvietsnam

S. 3 – 5

## **Mozambique**

Der Aufbau einer Nation im kampfzerissenen Mozambique

S. 5 – 8

## **Arabischer Golf**

Der Arabische Golf ist wichtiger als Suez

S. 8 – 13

## **Entwicklungsländer**

X D. Boris, P. Dietzel

UNCTAD

S. 14 – 18

## **Chile**

Die Geheimdokumente der ITT (2)

S. 18 – 21

## **Kurzinformation**

S. 22 – 24

---

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# AIB-AKTUELL

Mit der Internationalen Namibia Konferenz, die vom 26.-28. Mai in Brüssel stattfand, hat die Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden Volk von Namibia eine neue Qualität erreicht: An der Erarbeitung einer gemeinsamen politischen Plattform, an einer detaillierten Darstellung aller wesentlichen Aspekte der Situation Namibias im Kampf gegen das südafrikanische Rassistenregime, sowie an Vorschlägen für die praktische Weiterarbeit beteiligten sich Delegierte aus mehr als 60 Ländern, Experten, Augenzeugen und nicht zuletzt bedeutende internationale Organisationen - darunter der Weltkirchenrat, der Weltgewerkschaftsbund, die Organisation für Afrikanische Einheit, der Entkolonisierungsausschuß und Apartheid - Sonderausschuß der UNO, die Internationale Union der Sozialistischen Jugend (IUSY), der Internationale Bund Demokratischer Juristen etc.

In den Arbeitskommissionen wurden Probleme des völkerrechtlichen Status Namibias, der Kollaboration der internationalen Konzerne mit Südafrika ebenso behandelt wie konkrete Aktionsmöglichkeiten zur Isolierung Südafrikas auf nationaler und internationaler Ebene. Ihre Ergebnisse mündeten in die Schlußresolution, die vom Plenum einstimmig angenommen wurde. Die Konferenz bestätigte die SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) als "kämpfender und legitimer Repräsentant" des Volkes von Namibia und forderte ihre "offizielle Anerkennung bei allen internationalen Angelegenheiten."

Den Aktivitäten der imperialistischen Länder und Konzerne, die die Ressourcen Namibias ausbeuten, Südafrika unterstützen und damit z.B. wirksame Maßnahmen seitens der UNO torpedieren, setzte die Konferenz die Forderung nach Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte entgegen.

## BESTELLUNGEN

für das  
"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,  
PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,  
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches

Informationsbulletin 7/72

bringt u.a.:

Sonderheft NAMIBIA  
Dokumente und Materialien;  
Ergebnisse der Brüsseler  
Internationalen Namibia-Konferenz

Neben Mitgliedern des AAK waren an der Arbeit für diese Nummer beteiligt: D.Boris, P.Dietzel, G.Giesenfeld, G.Haberle, H.Haustein, B.Hebel, E.Jettka, G.Meyer, B.Schwiening, W.Skurpel

Redaktionsschluß war für diese  
Nummer der 20.5.1972

# REPUBLIK SÜDVIETNAM

Arthur W. Westing ist Professor für Biologie in den USA. Er bereiste mehrmals mit Fachkollegen die Republik Südvietsnam und legte seine Beobachtungen über die Methoden der us-amerikanischen Kriegführung der internationalen Presse und dem US-Senat vor. Im folgenden bringen wir einen Beitrag, den er auf den Indochina Hearings der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" vom 22.-30. Okt. 1971 hielt.

## ARTHUR WESTING:

### DAS US-PROGRAMM ZUR VERNICHTUNG VON NAHRUNGSMITTELN IN SÜDVIETNAM

Obwohl das Programm zur Vernichtung von Nahrungsmitteln unserer Nation in Südvietsnam keiner Geheimhaltung unterliegt, ist es der Öffentlichkeit kaum bekannt. Es bedarf einer größeren Aufmerksamkeit und eines sorgfältigen Studiums.

Im Rahmen des "Nahrungsmittel-Verweigerungs" Programms vernichten die Vereinigten Staaten mindestens seit November 1961 Saaten in Südvietsnam. Hierfür wird in Wasser aufgelöstes sodium dimethyl arsenat (sodium cacodylat; 'Agent Blue', und 'Phytar-5600', Ansul Co.) im Verhältnis von 4,2 kg aktiver Bestandteile pro Hektar aus der Luft versprüht. Dieser potentiell gefährliche chemische Stoff baut sich nur sehr langsam ab und ist in der Landwirtschaft nicht zur Verwendung bei oder in der Nähe von Saaten zugelassen. Nach vom Verteidigungsministerium herausgegebenen Angaben zufolge wurden von Anfang 1962 bis Ende 1969 2 904 000 kg aktiver Bestandteile verbraucht. Zahlen für 1970 sind nicht erhältlich, obwohl das Programm fortgesetzt wird. Es folgen Angaben des Verteidigungsministeriums über die behandelte Fläche pro Jahr:

Jahr	Zahl der besprühten, landwirtschaftlich genutzten Hektar	
1961	?	
1962	300	1966 42 000
1963	100	1967 89 000
1964	4 200	1968 68 000
1965	26 700	1969 46 000
		1970 ?

Die in den 8 Jahren besprühten 278 300 ha, über die Angaben vorliegen, entsprechen 9 % der Anbaufläche Südvietsnams von 3,1 Mio ha. Tatsächlich wird das Zentrale Hochland

am stärksten besprüht, sodaß der Vernichtungsgrad regional noch viel höher ist. In diesem Gebiet herrschte schon immer Nahrungsmangel; die Bevölkerung besteht überwiegend aus primitiven Bergstämmen. Die Besprühung wird meistens kurz vor der Erntezeit durchgeführt, sodaß das stehende Getreide vernichtet wird. Der Boden bleibt mindestens bis zur nächsten Saatzeit unbrauchbar.

Weitere Nahrungsmittel werden durch verschiedene andere Bodentechniken vorsätzlich vernichtet. Nahrungsmittelzerstörungen sind auch verbunden mit dem umfassenden Waldvernichtungsprogramm, infolge dessen laut Verteidigungsministerium 20 237 km<sup>2</sup>, d.h. 13 % der Fläche Südvietsnams, bis Ende 1969 aus der Luft besprüht worden sind. Angaben über das Ausmaß der auf diese Weise vernichteten Nahrungsmittel liegen mir nicht vor.

Den Umfang der Nahrungsmittelvernichtung durch Herbizide, die zu diesem Zweck aus der Luft versprüht werden, kann man ungefähr schätzen. Eine vorsichtige Schätzung der Reisernte im Hochland (dem Hauptangriffsziel des Programms) ergibt 227 kg Reis pro ha und Jahr. Ein Vietnameser kann offenbar mit 0,5 kg Reis pro Tag auskommen. Das sind etwa 180 kg im Jahr. Unter Einbeziehung der obengenannten Anbaufläche ergeben sich die folgenden Zahlen:

Jahr	Vernichteter gemahlener Reis in kg	Zahl der zerstörten Jahresrationen
1961	?	?
1962	230 000	1 250
1963	80 000	-
1964	2 280 000	12 500
1965	15 020 000	82 500
1966	23 660 000	130 000
1967	50 280 000	267 250
1968	38 680 000	212 500
1969	26 160 000	143 750
<b>Gesamtzahl 1962-69</b>	<b>156 390 000</b>	<b>849 750</b>

Das Hauptziel des Programms zur Vernichtung von Nahrungsmitteln ist es, den feindlichen Soldaten die Nahrung vorzuenthalten. Da die Zahl der Vietcong<sup>1)</sup> [...] nur etwa 260 000 bei einer Bevölkerung von 17,5 Mio ausmacht ( das sind 1,5 % ), er jedoch ungefähr 80 bis 90 % der Landwirtschaft kontrolliert, müssen riesige Mengen von Nahrungsmitteln zerstört werden, um dem Vietcong Versorgungsschwierigkeiten zu bereiten. Tatsächlich haben Untersuchungen, die von den Vereinigten Staaten oder in deren Auftrag

1967 und 1968 durchgeführt wurden, ergeben, daß die Nahrungsmittelvernichtung keine schwerwiegenden Auswirkungen auf die feindlichen Soldaten hervorgerufen hat. Zivilpersonen waren es, die darunter litten und noch immer leiden. Schätzungen darüber, wievielen Zivilpersonen man die Nahrung vorenthalten muß, um sie einem einzigen Vietcong vorzu-enthalten, schwankten in diesen Untersuchungen zwischen 10 und 100. In anderen Worten: von den 849 750 insgesamt zerstörten Jahresrationen, die von 1962 bis 1969 vernichtet wurden, waren zwischen 764 757 und 841 233 für die Mägen von Zivilpersonen bestimmt. Außerdem ist die Annahme wahrscheinlich berechtigt, daß die am stärksten betroffenen Zivilpersonen Säuglinge, alte Menschen, schwangere und stillende Frauen und Kranke sind.

Um ein ausführliches Beispiel zu liefern, möchte ich die Provinz Quang Ngai herausgreifen, eine Provinz im Norden von Südvietnam, in der der Krieg besonders heftig tobt. Während eines Besuchs im vergangenen August erfuhr ich dort, daß für 1970 15 Erntevernichtungsoperationen genehmigt worden waren, die sich auf ein Gebiet von 72 800 ha erstreckten. (Weitere 13 Waldvernichtungsoperationen waren 1970 in einem Gebiet von zusätzlichen 42 500 ha vorgesehen.) Eine 1969 vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegebene Untersuchung stellt fest, daß in diesem Zeitraum in der Provinz Quang Ngai (sie umfaßt insgesamt 573 800 ha) 87 000 ha landwirtschaftlich genutzt wurden. Daher waren 1970 etwa 85 % des Anbaugebiets von Quang Ngai für die Vernichtung vorgesehen. Dieses Gebiet wurde vermutlich so gut wie nicht von den USA kontrolliert. 72 800 ha liefern in einem Jahr einen Ertrag von 41 300 000 kg Reis, der zur Ernährung von 227 500 Menschen für diesen Zeitraum ausreicht. Die Bevölkerungszahl von Quang Ngai wurde im Jahre 1967 auf 688 200 geschätzt (von denen nach groben Schätzungen etwa 110 000 in der Stadt Quang Ngai leben; Dreiviertel davon sind Flüchtlinge). Ich muß hinzufügen, daß ich keine Informationen darüber habe, wieviele Hektar in Quang Ngai im Jahre 1970 (oder in früheren Jahren) besprüht wurden, sondern nur darüber, wieviele Hektar für das Jahr offiziell zur Besprühung freigegeben wurden.

Abschließend wird noch ein besonderes Beispiel Aufschluß über das Ausmaß der Nahrungsmittelverluste in Verbindung mit den ausgedehnten Waldbesprühungsaktionen geben.

4 Im Dezember 1969 besuchte ich die Provinz

Kompong Cham in Südost-Kambodscha, wo 70 000 ha im vorausgegangenen Frühling von den Vereinigten Staaten "behandelt" worden waren. Obwohl es ein sehr stark bewaldetes ländliches Gebiet ist, lebten dort etwa 30 000 von der Welt fast abgeschnittene Einwohner, die für ihre Ernährung auf ihren eigenen Nahrungsmittelanbau angewiesen waren. So gut wie ihr gesamtes Getreide, das sie für dieses Jahr bereits ausgesät hatten, wurde vernichtet. Außerdem verloren Zehntausende von Papaya-, Jackfruit-, Maniok- und anderen Obstbäumen im Einzelbesitz ihre Früchte, und ein hoher Prozentsatz dieser Bäume ging zugrunde. Z.B. wurde geschätzt, daß etwa 45 000 der in diesem Gebiet wichtigen Jackfruit-Bäume als Folge der Waldbesprühung eingingen. Für diejenigen, deren gesamte Existenz so eng mit dem Land verknüpft ist, ergeben sich daraus große Härten.

- 1) Der Begriff Vietcong ist eigentlich die Bezeichnung der vietnamesischen Kommunisten. Da die US-amerikanischen Aggressoren konsequent alle Angehörigen der südvietnamesischen Befreiungsfront (FNL) als Kommunisten bezeichnen, um damit den Charakter dieser breiten Volksfront zu verleugnen, ist der Begriff Vietcong inzwischen in allen kapitalistischen Ländern zur Bezeichnung von Angehörigen der FNL gebräuchlich.



# MOZAMBIQUE

Samora Moises Machel wurde kurz nach dem Tod von Dr. Eduardo Mondlane im Jahre 1969 Präsident der Volksbefreiungsfront von Mozambique (FRELIMO). In einem Interview, das er der Sunday News in Tansania gab, schilderte er kürzlich die gegenwärtigen Bedingungen des Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus. Das Wort "Cahora" steht im folgenden anstelle von "Cabora" im Namen des gigantischen Dammbauprojekts in Mozambique. Die Frelimo gebraucht das Wort Cahora, weil es mehr der Aussprache der dort lebenden Menschen entspricht.

## DER AUFBAU EINER NATION IM KAMPFZERRISSENEN MOZAMBIQUE

F.: Seit Sie mit den militärischen Operationen in der Umgebung von Cahora Bassa begannen, hat die Entwicklung im Süden der Provinz Tete sehr große Publizität erlangt. Es wird so häufig, selbst von portugiesischer Seite, von erfolgreichen FRELIMO-Operationen berichtet, daß es so aussieht, als ob der Kampf hier stärker entwickelt sei als irgendwo sonst in Mozambique. Ist das der Fall? Und wie fügt sich die Entwicklung in Süd-Tete und Cahora Bassa in die Gesamtstrategie der FRELIMO ein?

A.: Der Kampf in der Provinz Tete ist nicht getrennt von der Entwicklung des Kampfes in den anderen Provinzen. Deshalb muß man die politische und militärische Lage in ganz Mozambique kennen, um die Lage in Tete zu verstehen. Tete ist ein integraler Bestandteil unseres Landes. Der Arm kann nicht ohne den Körper leben, und in Bezug auf unser Land ist Tete so etwas wie ein Arm. Der Arm kann nur funktionieren, wenn auch die anderen Teile des Körpers richtig arbeiten. Weil sich der politische und militärische Kampf in den anderen Provinzen richtig entwickelt, haben wir deshalb auch in Tete Erfolg. Es war notwendig, den Krieg in den anderen Provinzen voranzutreiben, um die Bedingungen zu schaffen, ihn 1968 in Tete beginnen zu können. Zu dieser Zeit führten wir in Niassa und Cabo Delgado bereits groß angelegte wichtige Einsätze durch, machten bereits Gefangene und erbeuteten Kriegsausrüstung. Wir trieben den Prozeß des nationalen Wiederaufbaus in diesen zwei Provinzen voran - wir hatten Krankenhäuser und Schulen. So bewirkte dort der Kampf schon wichtige gesellschaftliche Veränderungen.

Diese Bedingungen erlaubten es uns, 1968 in Tete den Kampf aufzunehmen, der sich gut entwickelte - und zwar durch die immer stärkere Einbeziehung des Volkes.

Wenn es so aussieht, als ob der Krieg in Tete besser entwickelt sei als in den beiden anderen Provinzen, so ist das in Wirklichkeit nicht der Fall. Tatsache ist, daß man den Ereignissen in Tete aus ökonomischen Interessen mehr Publizität einräumt. Es sind die Interessen der Kapitalisten und des internationalen Imperialismus; Tete ist für sie so etwas wie der Höcker eines Kamels - es ist der Ort, wo ihre Kraft und ihre Reserven konzentriert sind. Und unser Kampf berührt ihre Interessen.

Sie kennen Cahora Bassa. Die Großmächte sind dort beteiligt. Außerdem gibt es die Lastwagen, die auf der Straße Güter von Malawi über Tete nach Rhodesien transportieren. Wir greifen die Straßen, Züge und Lastwagen hauptsächlich deswegen an, weil der Feind mit ihrer Hilfe seine Streitkräfte verteilt und umverteilt. Cahora Bassa ist nicht unser Hauptziel. Es ist unser Plan, so wie es zu Beginn unseres Krieges festgelegt wurde, den Kampf auf das ganze Land auszudehnen. Und da Cahora Bassa in unserem Land liegt und dazu in einer Provinz, in der gekämpft wird, ist es notwendigerweise in den Plan miteinbezogen. Wir konzentrieren unsere Aktionen in Tete nicht auf Cahora Bassa, aber natürlich gibt es Umstände, die es zu einem sehr wichtigen Ziel für uns machen, nämlich das Ausmaß der imperialistischen Beteiligung und die Konsequenzen, die sich für unseren Kampf ergeben, wenn das Vorhaben ausgeführt würde.

F.: Ich weiß, daß Sie im Norden der Provinz Tete Schulen, Krankenhäuser usw. haben. Haben Sie diese Einrichtungen auch schon südlich des Sambesi?

A.: Ja. Der Kampf hat sich hier schnell entwickelt, weil es ein Gebiet ist, in dem die portugiesische Unterdrückung stärker fühlbar ist als anderswo. Die Menschen, die nahe an der Grenze zu Rhodesien leben, litten unter einer doppelten Unterdrückung. Sie wurden in Mozambique für die Arbeit in den Bananen- und Zuckerplantagen rekrutiert, und wenn sie ihre Arbeit dort beendet hatten, wurden sie nach Rhodesien verkauft, um in den Tabakplantagen zu arbeiten. Wenn sie fertig waren, kamen sie zurück und wurden wieder von den Portugiesen zur Arbeit eingezogen.

So fühlten die Menschen dort die Unterdrückung stärker als irgendwo sonst. Die Männer konnten nie mit ihren Familien zusammenleben. Es war ähnlich wie Sklaverei.

Das Ergebnis ist, daß das Volk weiß, daß der bewaffnete Kampf die einzige Lösung für

seine Probleme darstellt. Deshalb gibt es so viele 15- und 16jährige Jungen und Mädchen, die sich uns anschließen. Einer der Gründe dafür ist, daß sie selbst erlebten, wie ihre Eltern von den portugiesischen Kolonialisten unterdrückt, ausgebeutet und sogar ermordet wurden. Aber trotz dieser Grausamkeiten üben wir nicht in ihrer brutalen Art Vergeltung.

F.: Was geschieht mit den gefangenen portugiesischen Soldaten? Wie verhalten Sie sich ihnen gegenüber und gegenüber den weißen Zivilisten, die in Mozambique leben?

A.: Wenn wir portugiesische Soldaten gefangen nehmen, dann töten oder mißhandeln wir sie nicht. Unser Volk weiß, daß diese Männer am Krieg teilnehmen, weil sie dazu gezwungen werden. Sie verteidigen nicht ihre eigenen Interessen, oder die des portugiesischen Volkes, sondern die Interessen der portugiesischen Kapitalisten und des internationalen Imperialismus.

Dann gibt es auch portugiesische Soldaten, die zu uns überlaufen. In ihnen sehen wir Verbündete. Ihre Desertierung ist ein Akt der Unterstützung für unseren Kampf. Ferner gibt es Weiße, die in Mozambique geboren wurden und die sich uns anschließen wollen. Wir betrachten sie nicht als Ausländer, die uns unterstützen. Solch ein Mann ist einer der unsrigen, und es ist seine Pflicht, so wie es die meine ist, Mozambique zu befreien.

Unsere Politik gegenüber den Zivilisten ist klar. Wir bekämpfen die Portugiesen in unserem Land nicht, weil sie Portugiesen sind. Wir bekämpfen die kolonialen Besatzungstruppen. Diese Politik ist nicht neu. Von Anfang an haben wir gesagt, daß sich unser Kampf nicht gegen das portugiesische Volk, sondern gegen den portugiesischen Kolonialismus richtet. Und in Tete beginnt man dies jetzt stärker zu fühlen. Es gibt dort mehr konkrete Fälle, weil die portugiesische Bevölkerung in Tete größer ist als in den zwei anderen Provinzen, in denen wir kämpfen. Sie haben dort Geschäfte und Plantagen. Es gibt Händler. Diese Leute lassen wir in Ruhe. Wir greifen den kolonialen Kriegs- und Unterdrückungsapparat an. Natürlich müssen wir etwas gegen diese Leute unternehmen, wenn sie zusammen mit den Kolonialbehörden gegen uns arbeiten. Wir gehen in der gleichen Weise gegen Einheimische vor.

Manchmal werden Zivilisten getötet, wenn wir einen Konvoi angreifen. Aber wir greifen diese Konvois an, weil Truppen- und Waf-

fentransporte mit ihnen durchgeführt werden - und das geschieht nicht nur mit Militärfahrzeugen. Für diesen Zweck werden auch Zivilfahrzeuge benutzt, so daß die Unterscheidung in militärische und zivile Fahrzeuge nicht möglich ist. Aus diesem Grund werden manchmal Zivilisten getötet. Es ist aber nicht unsere Absicht, Zivilisten zu töten. Wir greifen militärische Ziele an, oder solche von militärischer Bedeutung.

F.: Die Portugiesen haben die Straßen in Tete mit einer festen Decke versehen, um zu verhindern, daß Minen gelegt werden. Sie haben deswegen sogar einen neuen Generalgouverneur zur Hilfe geholt, der ein Straßenbauexperte ist. Haben die Portugiesen mit der Asphaltierung der Straßen Erfolg gehabt, und wenn es so ist, haben Sie schon einen Weg gefunden, um mit diesem Problem fertig zu werden?

A.: Der frühere Gouverneur war auch ein Ingenieur. Er war speziell wegen des Cahora Bassa Projekts hierhergeholt worden - er war einer der Planer. Und eine seiner ersten Erklärungen nach der Ankunft war, daß der Norden, weil er unterentwickelt sei, nach einem Kommunikationsnetz, nach Straßen verlange. Der Plan, Straßen zu bauen, geht schon auf das Jahr 1969 zurück. Sie hatten schon große Mengen Baumaterial hierher gebracht, nur um von Lourenco Marques bis zum Ruvuma-Fluß und von Beira bis zur Grenze nach Sambia Straßen bauen zu können, die sie in die Lage versetzen sollten, ihre Truppenbewegungen durchzuführen und unsere Gebiete anzugreifen.

Wir kontrollieren nicht den Luftraum, und wir beschäftigen uns auch nicht damit. Wir kontrollieren den Boden, und wir verstärken unsere Bemühungen, damit wir auch weiterhin die Kontrolle darüber behalten. Die Portugiesen haben einen Mythos geschaffen, nämlich den, daß der Bau von Straßen der Schlüssel zu ihrer Sicherheit sei. Der letzte Gouverneur hat vor dieser Aufgabe versagt und ist zurückgetreten. Der neue Gouverneur wird auch keinen Erfolg haben, weil wir jetzt in einer besseren Position als je zuvor sind, um den Plan vereiteln zu können. Heute sind es nicht nur unsere Soldaten, die die Straßen zerstören - auch die Dorfbewohner selbst zerstören die festen Straßendecken, kaum daß sie gelegt worden sind.

F.: Sie haben oft gesagt, daß der Kampf in Mozambique im wesentlichen ein politischer Kampf ist, und daß man das erkennen muß, um die Entwicklung der militärischen Operationen der Frelimo verstehen zu können. Heißt das, daß Sie die militärischen Erfolge der richtigen politischen Linie zuschreiben?

A.: Ja. Für die Frelimo ist es von grund-

sätzlicher Bedeutung, daß ein nationales Bewußtsein existiert und daß es zu einem revolutionären Bewußtsein weiterentwickelt wird, welches es ermöglicht, die Ziele unseres Kampfes, die Gründe für unsere Revolution zu verstehen und zu erkennen, wen wir bekämpfen, wer unsere Feinde sind. Das ist das primäre Interesse jedes Führers, jedes Kämpfers und des Volkes im allgemeinen.

Unsere militärische Situation ist jetzt besser als je zuvor. Und wir wissen, daß die Ursache für die Kampferfolge darin begründet liegt, daß wir eine richtige politische Linie haben, daß die Menschen immer bewußter, mobilisierbarer und organisierter werden. Das ist es, was den Kampf politisch macht.

Große Veränderungen gehen zur Zeit in unserer Gesellschaft vor sich. Die politische Macht wird dem Volk selbst übergeben, die Leitung der befreiten Gebiete wird von den Bewohnern dort selbst wahrgenommen.

Den Portugiesen wird es nie mehr gelingen, dieses neue Bewußtsein zu zerstören. In einigen dieser Gebiete kennt die Bevölkerung seit sieben Jahren keine Unterdrückung mehr. Sie zahlt keine Steuern, sie muß auch nicht mehr ihren portugiesischen Herrn auf den Schultern tragen (... wenn die portugiesischen Kolonialisten in die Dörfer kamen, um Steuern einzutreiben oder Leute zu verhaften, dann wurden sie von den Einheimischen getragen.)

Die Menschen haben Initiative entwickelt. Sie besprechen ihre Probleme und finden gemeinsam Lösungen. Sie besprechen, wie man den Feind bekämpft. Sie nehmen sowohl bei der Planung wie auch bei der Durchführung des Kampfes teil. Sie besprechen auch die Art und Weise, wie sie leben wollen. Deshalb diskutieren wir nicht länger darüber, ob der Kampf fortgesetzt wird, ob die Portugiesen Erfolge haben werden oder nicht. Der Kampf ist ein integraler Bestandteil im Leben der Menschen, und wir diskutieren jetzt mit ihnen, wie aus unserem Kampf eine richtige Revolution werden kann.

F.: Können Sie erklären, was Sie unter einem befreiten Gebiet verstehen? Die Portugiesen führen oft Journalisten in Gebiete, die Sie als befreit erklärt haben, und die Portugiesen sagen dann: Seht her, hier gibt es keine Terroristen.

A.: Sie hätten Tanganyika vor der Erlangung der Unabhängigkeit besuchen und meilenweit durch bewohntes Land fahren können, ohne

etwas von den britischen Verwaltungsbehörden zu merken. Das heißt allerdings nicht, daß Tanganyika nicht von den Kolonialisten beherrscht wurde: Die Struktur, die das Leben der Leute prägte und der sie unterworfen waren, war eine kolonialistische. Die Art der Verwaltung und die Art der Produktion waren kolonialistisch - z.B. wurden die Leute gewaltsam zur Arbeit herangezogen. Die Art des Schulunterrichts, dort wo es überhaupt eine Schule im Lande gab, war kolonialistisch. Der Stundenplan war britisch - er behandelte die Geschichte Großbritanniens und die Tapferkeit des britischen Volkes. Obwohl die Briten also physisch nicht überall anwesend waren, so machte sich dennoch die Struktur der Unterdrückung im ganzen Land bemerkbar.

Jetzt, in Mozambique, sind diese Zeugnisse des Kolonialismus und die Methoden der Arbeit unter Aufsicht der Kolonialisten in großen Gebieten des Landes beseitigt worden. Diese Gebiete nennen wir befreite Zonen. Die Produktionsweise ist hier gemeinschaftlich - nicht mehr kolonialistisch und von Ausbeutung bestimmt. Nicht mehr das individualistische Herangehen, sondern Gemeinschaftsdenken prägt jetzt die Haltung, die das Leben aller bestimmt. Die Probleme werden gemeinschaftlich gelöst - und das ist etwas neues.

Diese befreiten Gebiete sind zum Ziel des Feindes geworden wegen dieser neuen Macht, dieser neuen Art der Verwaltung und Lebensweise. Natürlich finden Angriffe auf die befreiten Zonen statt, aber das geschieht auch in Vietnam, und niemand kann leugnen, daß es dort große befreite Gebiete gibt. "Befreite Zonen" heißt nicht, um dies weiter klarzustellen, daß die Kolonialisten vollständig vertrieben worden sind. Es gibt immer noch Portugiesen dort, aber sie sind isoliert in einigen wenigen Garnisonen. Die Grundfrage ist doch: Wem folgt das Volk? Welchen Parolen folgt es? Geschieht die geleistete Arbeit öffentlich oder heimlich? In unseren Zonen geschieht die Arbeit öffentlich. Die Losung kommt von unserer Organisation. Und sie heißt: Befreiung von der Ausbeutung, von der erzwungenen Arbeit. Das ist eine befreite Zone.

[...]

F.: Kürzlich hat die westdeutsche Regierung Schritte eingeleitet, die den Anschein erwecken, als versuche Bundeskanzler Willy Brandt zu verhindern, daß westdeutsche Waffen für die afrikanischen Kriege nach Portugal geliefert würden. Glauben Sie, daß Herr Brandt sich wirklich ehrlich darum bemüht?

A.: Wir können nicht umhin, darin etwas anderes als ein Manöver zu sehen. Die westdeutsche Regierung ist mit der portugiesischen so eng verbunden, daß sie ihre Unterstützung gar nicht einstellen kann. Die Westdeutschen haben Berater und Offiziere in Portugal und sie produzieren dort Waffen. Es ist auch einfacher, die Waffen dort herzustellen als sie von Westdeutschland dorthin zu transportieren.

Vor wenigen Wochen flog der westdeutsche Botschafter in Malawi nach Mozambique, um Cahora Bassa zu "besuchen". Glauben Sie, daß das einem ehrlichen Bemühen gleichkommt? [...]

F.: Sind Sie in der Lage, im Süden Ihres Landes, wo der bewaffnete Kampf noch nicht begonnen hat, politisch zu arbeiten?

A.: Ja. Wir haben im ganzen Land politische Kader. Das ist auch der Grund, weshalb das Bewußtsein des Volkes wächst, ein Bewußtsein, das es befähigt, die Manöver des Feindes zu durchschauen. So gab es z.B. während der Reise von Banda<sup>1)</sup> eine Bewegung der Unzufriedenheit, die in Protesten zum Ausdruck kam. Die Kolonialisten ließen im ganzen Süden Massenverhaftungen vornehmen - so wie im Juni 1970. Und das geschieht, weil wir überall arbeiten. Die Mitglieder des Zentralkomitees kommen aus allen Provinzen. In jedem Bereich, in dem wir tätig sind, arbeiten Leute aus allen Provinzen mit. So sieht die politische Struktur aus.

Aus allen Provinzen sind auch Kämpfer gekommen, und wenn wir bis jetzt in einigen Provinzen noch nicht militärisch operieren, dann ist es hauptsächlich auf geographische Probleme zurückzuführen. Aber der militärische Kampf wird das ganze Land ergreifen. Davon sind wir überzeugt.

Anmerkung der Red.:

1) Banda ist der Präsident von Malawi, das als erstes unabhängiges afrikanisches Land diplomatische Beziehungen zur Republik Südafrika aufnahm.

# ARABISCHER GOLF

Ingenieur und Geologe, weltbekannter Wirtschaftsfachmann, überzeugter Verfechter der Notwendigkeit, der dritten Welt im allgemeinen und der arabischen Welt im besonderen so schnell wie möglich die völlige Verfügungsgewalt über ihre natürlichen Reichtümer zu verschaffen, die von den kapitalistischen Unternehmen weiterhin geplündert werden, gilt der Scheich Abdallah Tariki als einer der besten arabischen Spezialisten für Fragen des Erdöls.

Früher Minister unter dem König Saud, mit dem er 1960 wegen Meinungsverschiedenheiten über die politische Orientierung des Königreiches und seine Beziehungen zu den amerikanischen Gesellschaften brach, wohnt er jetzt in Beirut, wo er eine Monatsschrift herausgibt, "Napht Al-Arab", in der er den Nationalisierungsgedanken propagiert; Autor einer wichtigen Studie über "Die Rolle des Erdöls im Kampf gegen den Imperialismus und den Zionismus", die vom "Centre de recherches palestiniennes" veröffentlicht wurde; zur Zeit als Berater mehrerer arabischer Regierungen (hauptsächlich derjenigen Algeriens, Libyens, Syriens, des Irak und Kuweits) tätig, spielte Abdallah Tariki eine wichtige Rolle bei den Erdölverhandlungen von Teheran und Tripolis.

## DER ARABISCHE GOLF IST WICHTIGER ALS SUEZ

AFRICASIA: Die Bedeutung des arabischen Erdöls für das Funktionieren und die industrielle Abwicklung der Wirtschaft kapitalistischer Länder wird oft bestritten. Aber jedesmal, wenn es zu einer Krise im Verhältnis eines arabischen Landes zu einer Erdölgesellschaft kommt, beziehen sich die Kommentatoren darauf. Können sie uns kurz sagen, wie das kommt?

TARIKI: Fangen wir, wie man sagt, mit dem Anfang an. Um Ihnen eine genauere Vorstellung von der Bedeutung zu geben, die unser Gebiet und ihre sagenhaften Reichtümer für die imperialistischen Länder haben, will ich die Aussagen einiger britischer Spitzenpolitiker zitieren. Am Tage nach dem "großen Krieg" erklärte Lord Curzon, der britische Außenminister: "Es ist uns gelungen,



den Sieg zu erringen, weil wir auf einer Erdöl-Lache schwammen."

In der Tat hatte Großbritannien gerade die Aktienmehrheit der Anglo-Iranischen Gesellschaft erworben, und die englische Flotte hatte sich während des Krieges mit äußerst billigem Treibstoff versorgen können.

Die Operation war ein Werk des berühmten Winston Churchill, damals Schatzminister der konservativen Regierung. London hatte sich zur Zahlung von monatlich 20 000 Duman (iranische Währungseinheit) an den damaligen Schah verpflichtet. Auch die Minister erhielten ihren Anteil an den Bestechungsgeldern. Mit der Aneignung der Aktienmehrheit der eben gegründeten Gesellschaft haben die Engländer sich nicht nur fast kostenlose Energievorräte verschafft, sondern auch eine harte Devisenquelle eröffnet, die sie brauchten zur Erhaltung der Währung und des finanziellen Gleichgewichts des Vereinigten Königreiches.

Beim Besuch Nikita Chruschtschows, des Sekretärs der KPdSU in London (1956), in Begleitung des Marschalls Bulganin, erklärte der damalige Premierminister Seiner Majestät, Anthony Eden, vor seinen sowjetischen Gästen: "Seien Sie davon überzeugt, daß wir bereit sind, Krieg zu führen, wenn jemals eine Macht versuchen sollte, den Erdölfluß vom Golf nach Westeuropa zu stoppen. Nichts wird uns daran hindern können, unseren Bedarf an Erdöl zu sichern."

AFRICASIA: Gibt es einen Zusammenhang mit den Erklärungen, die Sie soeben zitiert haben und den neuesten Ereignissen?

TARIKI: Sicher. Nehmen wir zum Beispiel die Besetzung der drei kleinen arabischen Inseln im Golf (Abu Musa, große und kleine Tumb-Insel) durch die Perser. Das ist ein neues Palästina, ein neuer Herd dauernder Unruhen, den die Engländer hier geschaffen haben, immer in dem Bestreben, den Transport des arabischen Öls zum Kontinent hin zu sichern. Die "nationale Heimstätte der Juden", die durch die Balfour-Erklärung in Palästina 1917 eingerichtet wurde, hatte auch den Zweck, den Suezkanal zu verteidigen, der damals noch als lebenswichtige Verbindung für die strategische Kontrolle der Straße nach Indien angesehen wurde.

Der arabische Golf ist, seit der Konstruktion der Riesentanker, wichtiger geworden als der Suezkanal. Nachdem sie uns durch die Israelis bekriegt haben, schicken sich die englischen Imperialisten nun an, uns einen neuen Krieg mit Hilfe der

Perser aufzuzwingen. Ist es ein Zufall, daß es eine tiefe Komplizenschaft gibt zwischen dem Schah und dem Staat Israel?

Die Golfaffaire beginnt erst. Die Forderungen der Perser beziehen sich auf den ganzen Golf, so wie die der Zionisten auf ganz Palästina gehen. Und Teheran macht kein Geheimnis daraus. Übrigens bestehen die Perser darauf, diesen Teil der arabischen Welt den "persischen Golf" zu nennen, genauso wie die Zionisten behaupten, Palästina sei "Eretz Israel".

Dieselbe Taktik: Die Perser kommen mit den Briten überein, die drei kleinen Inseln zu okkupieren und die Araber vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Dieselbe Methode: Um den angeblich "persischen" Charakter des Golfes zu verstärken, begünstigen die persischen Behörden die Auswanderung persischer Bürger und ihre Einbürgerung in bestimmte Emirate. In manchen dieser Emirate (Dubai zum Beispiel) ist die Mehrzahl der Einwohner schon jetzt persisch. Die Perser kontrollieren den Handel, den Tourismus, die Banken usw. Morgen wird der Schah nicht zögern, andere Gebiete des arabischen Golfs zu besetzen, z.B., um seine Landsleute zu "schützen".

AFRICASIA: Warum ein so großes Interesse an einem so geringfügigen Stück arabischen Territoriums?

TARIKI: Aus ganz klaren und einfachen Gründen. Die strategische Schlagkraft, die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas und der Vereinigten Staaten von Amerika, sind, in ihrem gegenwärtigen Wachstumsgrad, ganz einfach nicht realisierbar ohne die Beherrschung der arabischen Erdölquellen. Westeuropa importiert aus der arabischen Welt mehr als 60% seines Energiebedarfs. Japan ist zu 90% auf sie angewiesen. Alle imperialistischen Angriffskriege, die die USA in Ostasien führen, werden zu großen Teilen mit Treibstoffen und Devisen aus den Bodenschätzen des nahen Ostens geführt.

Wenn ihnen das Erdöl von Ras Tanura, in Saudi-Arabien, und die Raffinerien von Bahrein und Abadan (letzteres gehört rechtlich zu Persien, liegt aber im Gebiet von Arabistan, dessen Bevölkerung zu 90% arabisch ist) genommen würden, so könnten sie schwerlich ihren Krieg auf der indochinesischen Halbinsel führen. Nehmen wir einmal an, in Kalifornien, dem Asien am nächsten liegenden Staat der USA, gäbe es genügend Erdöl (was nicht der Fall ist), dann würden die Kriegskosten sich um 200 Millionen 9

Dollar jährlich erhöhen, wegen der großen Entfernung des westlichen Kontinents vom fernen Osten.

AFRICASIA: Stellt nicht eine solche Politik, nach Ihrer Meinung, das Kräfteverhältnis im nahen Osten in Frage?

TARIKI: Der Nationalismus und die arabische Einigkeit sind weiterhin die bedeutendsten Feinde des westlichen Imperialismus.

Ich bestehe auf diesem Wort, das gewisse Leute aus der politischen Terminologie gestrichen wissen wollen. Die Neoimperialisten glauben, der beste Trumpf, den sie haben, um die Plünderung der arabischen Reichtümer fortzusetzen, sei, die Zwietracht zu wecken und die Teilung der arabischen Welt aufrechtzuerhalten.

Eine vereinte arabische Nation wird niemals die Verschwendung seines Erbteils akzeptieren.

Die kleinen Fürstentümer, an deren Spitze Potentaten stehen, schwache Schattenkönige, können weder den Mut noch den Weitblick und die Entschlossenheit aufbringen, eine antiimperialistische Politik zu treiben.

Solche Gebilde sind, durch ihre Natur und ihre Struktur, und weil sie keine Volkbasis haben, nicht imstand, sich den Imperialisten zu widersetzen; die Emire des schwarzen Goldes, die Kreaturen Londons sind, können sich nur mit Unterstützung der Engländer an der Macht halten. Im Austausch gegen diesen Schutz werden sich die Ausbeutungsbedingungen des Erdöls verbessern, um den Gesellschaften zu erlauben, ein Maximum an Profit zu erzielen. Eine zweifache Ausbeutung findet von da an statt: einerseits wird das Erdöl zu billigsten Preisen erworben, andererseits werden die Konzessionsgebühren über den Verkauf von allerhand Spielzeug der Konsumgesellschaft, das augenblicklich die Märkte der Emirate überschwemmt, wieder zurückgeholt. Und da zum Beispiel die iranische Intervention den Ruf nach Waffen nur verstärken kann und die Abhängigkeit der Staaten dieser Gegend von den ausländischen Mächten vergrößern muß, werden die Kanonenhändler ein günstiges Terrain vorfinden. Persien hat schon 50% seiner Erdöleinkünfte für die nächsten fünf Jahre im voraus für Kriegsmaterial ausgegeben. Saudiarabien wird nicht nachstehen, und der Bund der Emirate wird immer abhängiger von London, um seine "Unabhängigkeit" wahren zu können.

Konflikt, der dem zwischen Indien und Pakistan gleicht, sind bereits gegeben.

AFRICASIA: Wäre das die berühmte "Vietnamisierung" des nahen Ostens, von der man in der letzten Zeit oft gehört hat?

TARIKI: Ich komme gerade aus Boston zurück, wo ich am Jahreskongreß der in den USA arbeitenden arabischen Wissenschaftler teilgenommen habe. Es scheint tatsächlich so zu sein, wie ich bei verschiedenen Diskussionen mit arabischen oder amerikanischen Professoren hörte, daß die Theorie der neuen amerikanischen Politik, die von Professor Henry Kissinger, Berater des Präsidenten Nixon, ausgearbeitet worden sein soll, darin besteht, daß die USA es vermeiden sollten, direkte und sichtbare Verbindungen mit kleineren Mächten zu haben, um zu verhindern, daß die gegnerischen Großmächte versuchen, sie auf ihre Seite zu ziehen, was in einem so wichtigen Gebiet wie dem nahen Osten auf eine nukleare Konfrontation hinauslaufen könnte, deren Ausgang von den beiden antagonistischen Mächten nicht mehr kontrolliert werden könnte. Anstelle der alten und archaischen Strategie der Pakte (vom Typ Bagdad-Pakt, SEATO, CENTO), die bei den asiatischen Völkern den Antiamerikanismus hervorruft, orientiert man jetzt auf eine "Marionetten"politik, die von manchen Vietnamisierung genannt wird. Die Position der Vereinigten Staaten im indisch-pakistanischen Konflikt ist die erste spektakuläre Umsetzung dieser neuen Strategie.

Für den nahen Osten kommt es Persien zu, die Rolle zu spielen, die gerade im fernen Osten die Japaner übernehmen. Ägypten, die einzige Macht im Maghreb, die sich mit Persien messen kann, ist durch Israel gelähmt. Saudi-Arabien wäre, nach dieser Analyse, Thailand, und Süd-Jemen eine Art Nordvietnam.

AFRICASIA: Was bedeuten würde, daß der Konflikt nicht allein ein arabisch-persischer ist.

TARIKI: In dieser Affäre ist das Kaiserliche Persien, wie Israel, nur die Speerspitze des westlichen Imperialismus. Es geht darum, durch Persien die imperialistische Hegemonie über die Erdölgebiete Arabiens aufrecht zu erhalten. Es ist der Ortspolitist, der treue Gefolgsmann der USA und Großbritanniens.

Die Engländer haben sich zum physischen Rückzug entschlossen, um durch ihre Anwesenheit keine nationalistische Erhebung zu

provozieren, die zu einer Befreiung in der Art Süd-Jemens führen würde. Aber sie haben, wie gewöhnlich, darauf geachtet, das Terrain vor ihrem Abzug zu verminen. In Allianz mit Teheran gegen die Araber bleibt London seiner hergebrachten Politik treu: teilen, um zu herrschen.

Das Ergebnis solcher machiavellistischer Politik kann man heute in Indien und Pakistan sehen.

Die persische Okkupation kann einem Wiederaufleben des arabischen Nationalgefühls gegen die Perser nur günstig sein. Es liegt im Interesse des Imperialismus, den Haß und die Teilung zwischen den Völkern zu fördern. Die notleidenden Massen Persiens und Arabiens werden gegeneinander mobilisiert, was es den Imperialisten und ihren lokalen Verbündeten erlaubt, sich herauszuhalten, ihre Positionen zu verstärken und Ausbeutung und Unterentwickeltheit der Länder zu verewigen. Persien, das die Sowjetunion zum unmittelbaren Nachbarn hat, ist, selbst schon durch die Denkungsart seiner Herrschenden, der natürliche Verbündete des Westens. Es ist ein typischer Pufferstaat.

Der Schah hat ganz sicher imperialistische Ambitionen auf den ganzen Golf. Er ist entschlossen, das sogenannte "Vakuum" auszufüllen, das die Engländer zurückgelassen haben.

Anfänglich sollten die USA diese Rolle übernehmen. Aber, wie ich schon dargelegt habe, setzen diese jetzt mehr auf die "Marionetten"politik. So verhält sich der Iran nun wie eine wirkliche imperialistische Macht. Seine Marineinfanterie besetzt arabisches Territorium, seine Regierungssprecher kündigen die Absicht an, den Golf zu schützen, die Scheiche, die von England eingesetzt worden sind, beeilen sich, gute nachbarliche Beziehungen mit Persien zu knüpfen, um seine Großmachtgelüste zu mildern.

24 Stunden nach der "Unabhängigkeits"erklärung von Maskat-Oman, Bahrein und Quatar entsandte Teheran drei Sonderbotschafter und verkündete seinen "Entschluß", die neuen Staaten zu unterstützen.

**AFRICASIA:** Sie sprachen, im Zusammenhang mit der persischen Okkupation der drei kleinen Inseln, von einem neuen Palästina. Können Sie Ihre Gedanken dazu etwas genauer darlegen?

**TARIKI:** Wie die Einrichtung von Kibbuzim am Anfang dieses Jahrhunderts in Palästina, so ist die neue persische Invasion nur ein

Anfang. Die Expansionspolitik in Hinblick auf den Golf ist ein Thema, wenn nicht das offizielle Thema der Politik Teherans. Bald wird man von der Wüste reden, die fruchtbar gemacht worden sei, von unendlichen leeren Gebieten, die man bevölkert habe. Die Einwohner der drei Inseln sind bereits in die benachbarten Fürstentümer evakuiert worden. Und da alles darauf hinweist, daß sich um die drei Inseln Abu Musa, Groß- und Kleintumb immense Erdölvorräte in submarinen Ablagerungen befinden, wird nichts Persien daran hindern können, seine Hoheitsgewässer von drei auf sechs oder gar zwölf Meilen auszudehnen in Richtung auf die Westküste des Golfs. Eine solche Möglichkeit - die nicht auszuschließen ist - würde den Streit bis mitten in die arabischen Erdölfelder hineinragen, die den südlichen Emiraten, das heißt Quatar, Abu Dhabi und Dubai gehören.

Immerhin hat der Iran die Mittel, eine solche Politik zu betreiben.

Unterstützt durch die Amerikaner, die ihm "Phantom"-Düsenjäger verkaufen, die Engländer, die ihm Panzer und Panzerfahrzeuge liefern, kann Persien sich eine territoriale Expansion erlauben.

Ein altes Sprichwort sagt, daß "nur der Ohnmächtige nicht zum Despoten werden kann". Das scheint der Schah zu denken.

Bevor sie sich zurückziehen, wollen die Engländer den Schah zum Kaiser des Golfes machen. Das Empire ist tot, es lebe der Kaiser! Und wie London den geizigen Scheich Schakhbut stürzte, weil er die Erdölgelder akkumulierte und nicht bereit war, sie auszugeben, und ihn durch seinen fügsameren Bruder Said Al Nuhjan ersetzten, so wird auch der Schah in der Lage sein, neutrale, wenn nicht gar verbündete Scheichs einzusetzen.

Ja, Persien ist entschlossen, sich den Golf anzueignen, sich dort festzusetzen.

Die Geschichte wird den Emiren nicht ihre Kraftlosigkeit, ihr Kompromißlertum verzeihen, wie sie auch den arabischen Verantwortlichen zwischen den beiden Kriegen nicht die Errichtung des zionistischen Gebildes in Palästina verzeihen hat.

**AFRICASIA:** Wie schätzen Sie, abgesehen von diesem eigentlich politischen Aspekt, die Bedeutung des Erdöls des Golfs und der arabischen Welt für das Kapitalistische System ein?

**TARIKI:** Die Welt wird von einem großen Energiemangel bedroht. Der tägliche Ver-

brauch beträgt 48 Millionen Barrels, das heißt 2 400 Millionen Tonnen jährlich. Wenn der Konsum so, mit einer Steigerung von jährlich 8%, weitergeht, und wenn es keine neuen Entdeckungen gibt, dann werden die gegenwärtig verfügbaren Lager gegen 1985 erschöpft sein. Natürlich ist dieser Problemzugang rein theoretisch, denn man kann davon ausgehen, daß die gegenwärtig erschlossenen Weltvorräte nur 30% der existierenden Menge ausmachen. Jede Verbesserung der Abbautechnik kann die Menge des an die Oberfläche geholten Rohstoffs nur erhöhen. Aber wenn es nicht gelingt, die Produktionsmittel zu verbessern, und neue Lager zu entdecken, wird es vor Ende dieses Jahrhunderts eine schwere Erdölkrise geben.

Die Geologen, die Experten und Spezialisten sind sich darin einig. Damit der Verbrauch und die Produktion im gegenwärtigen Rhythmus weitergehen können, muß, vor dem Jahre 2 000, ein neuer Vorrat von 700 000 Millionen Barrels erschlossen werden. Das würde Ausgaben in Höhe von 700 000 Millionen Dollar erfordern. Es ist fast unmöglich, eine solche Summe für ein solches Projekt aufzubringen, ohne die Strukturen des ganzen Systems zu gefährden, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß eine solche Menge im nächsten Vierteljahrhundert entdeckt werden kann.

Der größte Teil der Versuche, die die großen Gesellschaften unternommen haben, um neue Lager zu entdecken, ist fehlgeschlagen.

Die in der Nordsee entdeckten Mengen an Erdöl und Erdgas können noch nicht einmal den jährlichen Mehrverbrauch Europas und der britischen Inseln decken. Die am Nordrand Alaskas entdeckten Lager sind ebenfalls nicht ausreichend, um auch nur den jährlichen Mehrverbrauch der amerikanischen Weststaaten zu decken.

Auf rein wirtschaftlicher Ebene muß noch gesagt werden, daß der Preis für ein aus der Nordsee oder in Alaska gefördertes Barrel Öl sich auf 1 Dollar 10 c beläuft, während er nicht über 10 bis 15 cents durchschnittlich liegt in Nordafrika oder im Arabischen Golf.

Vielleicht wäre die Welt bereit, einen Preis von 4 Dollar pro Barrel zu zahlen. Aber die Existenz von Erdöl ist nur in den bekannten und schon erschlossenen Gebieten garantiert: Im Golf, auf der arabischen Halbinsel, in Nordafrika, in der karibischen See, am Golf von Mexiko, in der kaspischen See und in einigen Staaten im Norden

der SU, Sibirien und Alaska.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Gebiete, außer dem arabischen Golf, ihre Bedeutung zu verlieren beginnen. Das erklärt die "Wendung" der Gesellschaften zu diesem Gebiet hin. Die Vereinigten Staaten, die der größte Ölproduzent und -konsument sind (ihr täglicher Verbrauch erreicht 14 Millionen 500 000 Barrels, 700 000 t pro Jahr), importieren täglich 3 500 000 Barrels aus Gebieten, deren Reserven langsam versiegen. Wenn sie keine neuen Lagerungen finden, werden sie sehr bald gezwungen sein, 50% ihres Tagesverbrauchs zu importieren. Nur der arabische Raum kann ihnen solche Mengen bieten. Die Karibische See, Indonesien, Nigeria und das übrige Afrika haben nur magere Vorräte, gemessen an den wachsenden Bedürfnissen der kapitalistischen Welt.

Der arabische Golf allein enthält zwei Drittel der Weltvorräte (zu 79% an der arabischen Küste, 21 im persischen Gebiet).

Westeuropa ist zu 60% von ihm abhängig, Japan zu 90%. Diese beiden Zahlen erläutern allein schon das Interesse, das das kapitalistische System an diesem Gebiet haben muß und das "Verständnis" der imperialistischen Mächte für die Aktion Persiens.

AFRICASIA: Sie haben die Verhandlungen in Teheran und Tripolis verfolgt. Können Sie uns etwas über die Aussichten sagen, die diese Verhandlungen eröffnet haben, deren Ergebnisse schon in Frage gestellt werden?

TARIKI: Ich werde zunächst einige Zahlen nennen, die das Ausmaß der Plünderung illustrieren, die die ausbeutenden Gesellschaften betreiben. Die Gesamteinkünfte der Ölindustrie des nahen Ostens betragen vom Anfang bis 1968 32,1 Milliarden Dollar, von denen die Gesellschaften netto 16,3 Milliarden Gewinn erzielt haben. Die Regierungen der Produktionsländer haben nur 9,9 Milliarden Dollar erhalten; die Produktionskosten haben nur 5,9 Milliarden Dollar betragen.

Ein Barrel Rohöl wird nach der Preiserhöhung (15 cents für die Förderung + 85 cents für das Produktionsland) für 11 Dollar verkauft, von denen 5 direkt in die Kasse des Verbraucherlandes fließen. Die Erhöhung, die die Produktionsländer nach der Konferenz von Caracas und in den aufreibenden Verhandlungen von Teheran und Tripolis herausholen konnten, betrug effektiv nur 20 cents. Sie wurde erzwungen durch die OPEC, und vor allem durch die Koalition von Ländern wie Algerien und Libyen.

Sie ändert nichts an der Tatsache, daß die Dritte Welt durch die kapitalistischen Nationen ausgebeutet wird. Sie ist in keiner Weise zufriedenstellend. Der Existenz dieser Gesellschaften selbst, die eine Folgeerscheinung der Kolonialzeit darstellen, muß ein Ende gesetzt werden. Kein souveräner Staat, keine ihre Aufgabe ernstnehmende Regierung darf es zulassen, daß ausländische Gesellschaften die natürlichen Reichtümer des Landes weiterhin plündern.

Deshalb appellieren wir an alle arabischen Regierungen, die Erdölindustrie unverzüglich zu verstaatlichen. Das ist eine gerechte und unvermeidliche Lösung; der erste Schritt zu einer Überwindung der Unterentwickeltheit durch die Mobilisierung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die wertvollste Hilfe, die man der Dritten Welt bringen kann, ist zunächst und vor allem, aufzuhören, sie auszuplündern. Das ist eine unumgängliche Bedingung für die Errichtung einer wirklichen internationalen Zusammenarbeit.

AFRICASIA: Sind die arabischen Länder in der Lage, sich den westlichen Gesellschaften zu widersetzen?

TARIKI: Ja. Aber die wirkliche Kraftprobe fängt erst an. Ich würde sagen, sie erscheint bereits am Horizont. Sie wird vielleicht das Grundproblem der nächsten zehn Jahre sein.

Von den vier Phasen der Erdölindustrie -  
1) Prospektion, Bohrung und Gewinnung;  
2) Transport vom Produktionsort zum Verbrauchergebiet; 3) Raffinierung und Verarbeitung; 4) Lagerung und Vermarktung - wird nur die erste in den Produktionsländern unternommen. Es ist zugleich die risikoreichste und teuerste Operation, was sich allerdings sofort nach der Entdeckung ändert. Die Gewinnung selbst, die zweite Hälfte der ersten Phase, ist Routinearbeit und kann von einer verhältnismäßig niedrigen Zahl von Technikern und Spezialisten durchgeführt werden. Alle von den Monopolgesellschaften inspirierte Literatur über die angebliche Unfähigkeit der arabischen Länder, die Verantwortung über die Ölindustrie zu tragen, ist plumpe Erfindung, ein Bluff zur psychologischen Beeinflussung, auf den nur die hereinfliegen, die das sowieso glauben wollen.

Die Geschichte eines Landes wie Mexiko ist ein Beweis für die Reife der Dritten Welt. Das Erdöl ist dort im Jahre 1937 ver-

staatlicht worden. Die mexikanischen Arbeiter haben die Ölindustrie in die Hand genommen und sie weiterentwickelt.

Der Versuch des Dr. Mossadegh im Iran (1951) ist nicht aus Gründen der Produktion gescheitert, sondern infolge eines wahren Komplotts. Die westlichen Gesellschaften hatten sich zusammengetan, um die Gewinnung des nationalisierten Öls zu verhindern.

Heute ist die Lage anders. Damals förderete Persien 600 000 Barrels täglich, die sich die britische Gesellschaft auch im Irak und in Kuwait holen konnte.

1971 werden täglich 50 Millionen Barrels gebraucht, und die Versorgung befindet sich in einer Krise. Die Sprache, die die westlichen Kommentatoren sprechen, ist schon sehr bezeichnend. Da geht es immer nur um "Reserven", "Lagerungen", die man als Druckmittel gegen die Vorhaltungen und Forderungen der Produktionsländer ausschöpfen will. Das Erdöl ist eine haltbare Ware.

Es gibt eine Transportflotte mit einer Kapazität von 115 Millionen Tonnen. Die Eigentümer wollen natürlich Erdöl von einem Ort zum anderen auf dem Erdball transportieren. Es geht um die Zukunft eines sich entwickelnden, aber bereits sehr beträchtlichen strategischen Wirtschaftszweigs in Europa und Japan. Im Gegensatz zu dem, was eine gewisse Presse suggerieren möchte, begünstigt die Existenz der riesigen Tanker nicht die Erdölgesellschaften, auch nicht im kapitalistischen System, wo der Konkurrenzkampf immer noch eines der Grundgesetze ist, denn die Tankerflotte gehört anderen Monopolen, was 1951 nicht der Fall war, als die in dem Gebiet operierenden Transporteinheiten Eigentum angelsächsischer Gesellschaften waren, die den Erdöltrusts angegliedert waren oder gehörten.

( Quelle: Africasia. Nr. 56. 1971 )

Anmerkung d. Red.:

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Beitrag "Erdöl im Arabischen Golf", den wir in AIB Nr 2/1972 brachten

# ENTWICKLUNGS- LÄNDER

D. BORIS, P. DIETZEL:

## UNCTAD

Die UNCTAD<sup>1)</sup> III ging am 21. Mai nach 38 Verhandlungstagen in Santiago de Chile zu Ende. Das greifbarste Resultat dieser Mammutkonferenz, an der rund 3000 Delegierte aus 141 Nationen - nach der Aufnahme Bangla-Deschs 142 - teilnahmen, ist ein Berg von Papieren und Dokumentationen, die mit einem Kostenaufwand von 50 Mio DM erstellt worden waren. Charakteristisch für die Art der wenigen und in ihrer Substanz kärglichen Beschlüsse, die von der Konferenz verabschiedet wurden - von ihnen wird noch die Rede sein -, ist wohl die Annahme des vom französischen Finanzminister Giscard d'Estaing eingebrachten Vorschlages, einen jährlichen "Weltentwicklungstag" dazu zu nutzen, in Reden und Aufsätzen auf die Probleme der Dritten Welt hinzuweisen.

Selbst dieser Vorschlag hat lediglich Empfehlungscharakter, wie überhaupt alle Beschlüsse der UNCTAD jeder völkerrechtlichen Verbindlichkeit entbehren. Hinter ihnen steht lediglich - wie UN-Generalsekretär Waldheim es ausdrückte - "die bedeutende und ernstzunehmende moralische Kraft der UNO". Die imperialistischen Staaten können sich getrost einem Abstimmungsmodus unterwerfen (ein Land - eine Stimme), der sie in die Position einer hoffnungslosen Minderheit bringen muß, da Beschlüsse von relativer Tragweite praktisch nur mit ihrer Zustimmung gefaßt werden können.

Diese Tatsache erlaubt wichtige Rückschlüsse auf die Funktion dieses, in der bürgerlichen Presse als "Tribunal der Armen gegen die Reichen" (Süddeutsche Zeitung) bezeichneten Diskussionsforums. Ganz anders als bei der auf Drängen der Entwicklungsländer (EL) zustande gekommenen UNCTAD verhält es sich nämlich bei dem von einer Reihe imperialistischer Staaten geschlossenen "Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen" GATT. Dieses Abkommen, das am 1. März 1948 inkraftgesetzt wurde und dem auch eine Anzahl Entwicklungsländer angehören, stellt einen für die Mitglieder bindenden Vertrag dar. Durch den Abbau einer Reihe von **finanziellen und administrativen Hemmnissen im** Welthandel erlaubte es dieser **den USA** als

der eindeutig dominierenden imperialistischen Macht nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ihre außenwirtschaftliche Vormachtstellung weiter auszubauen. Waren es zunächst vor allem die USA, die von diesem, für die Ausdehnung des Welthandels und die Produktivkräfteentwicklung durchaus förderlichen Abkommen profitierten, diente es später auch als Grundlage für Exportoffensiven und zur Durchsetzung neokolonialer Bestrebungen jener kapitalistischen Länder, die bezüglich der Produktivitätssteigerung und Erhöhung ihrer Produktion die größten Fortschritte gemacht hatten: also Westdeutschland und Japan.

Das Prinzip der Reziprozität - d.h. der Gegenseitigkeit -, dem alle im Rahmen des GATT abgeschlossenen Verträge unterliegen, und das in der sog. "Meistbegünstigungsklausel"<sup>2)</sup> zum Ausdruck kommt, mußte zwangsläufig die dominierende Stellung der imperialistischen Mächte über die Mitglieder des GATT zementieren, die sich von Anfang an in der Lage der Ausgebeuteten befanden. Erklärtes Ziel der ersten Welthandelskonferenz (Le Monde: "anti-GATT"), die nach knapp dreijährigen Vorarbeiten 1964 in Genf zusammentrat, war es daher, das Prinzip der Reziprozität in internationalen Handelsverträgen durch ein generelles Präferenzsystem zugunsten der Entwicklungsländer zu ersetzen; d.h., "die Industrienationen sollten einseitig ihre Grenzen für (Halb- und Fertigwaren-)Importe aus unterentwickelten Ländern öffnen und Maßnahmen ergreifen, mit denen sie die Importe der unterentwickelten Länder fördern". (Myrdal) Daß als Ergebnis der Konferenz lediglich eine allgemeine Anerkennung des Prinzips herauskam, konnte nur jene enttäuschen, die über den imperialistischen Charakter der Handelsbeziehungen zwischen der "Dritten Welt" und den entwickelten kapitalistischen Staaten sowie über die "Ventilfunktion" des Diskussionsforums UNCTAD Illusionen hatten.

Zudem bilden Schutzzölle, mit denen die kapitalistischen Industriestaaten ihre Inlandmärkte gegen unerwünschte Konkurrenz abschirmen, nur die sichtbare Spitze eines gewaltigen Eisberges "nicht-tarifärer" Protektionsmaßnahmen und diskriminierender Handelspraktiken: von Kontingentierung, devisenmäßigen Einfuhrbelastungen über Kreditrestriktionen sowie besonders strenge Anforderungen an Kennzeichnung und Verpackung reicht das Spektrum der Maßnahmen bis hin zur Monopolisierung von Handel und Transport und dem Exportverbot, das internationale Konzerne ihren ausländischen Tochtergesell-

schaften erteilen.

So scheint es überhaupt illusorisch, ein irgendwie geartetes "take-off", eine Überwindung der Unterentwicklung allein durch die Verbesserung der Handelssituation der EL zu erwarten, bildet doch die Ausbeutung über den Handel nur einen Strang im Gesamtsystem der Ausplünderung und Unterdrückung, das sich wesentlich auch in den direkten Operationen ausländischen Kapitals in den EL vollzieht. Hier allerdings zu einer gemeinsamen und eindeutig antiimperialistischen Haltung aller EL zu gelangen, ohne dabei die sozio-ökonomischen und politischen Strukturen einer Reihe dieser Länder (z.B. Brasilien, Iran, etc.) selbst in Frage zu stellen, erscheint ebenso illusorisch.

Ein zweites, nicht minder fragwürdiges Ergebnis der UNCTAD I war die Anerkennung der Forderung nach einer Erhöhung der sog. "Entwicklungshilfe" bis zu 1% des Nationaleinkommens (nach UNCTAD II des Bruttosozialprodukts) der Geberländer. Ohne an dieser Stelle auf den zwieschlächtigen Charakter der "Entwicklungshilfe" als Instrument zur Perpetuierung der Abhängigkeit und Deformierung der Wirtschaftsstruktur in den EL näher einzugehen, bleibt festzustellen, daß, selbst wenn alle Industrieländer diesem Ziel folgend die jährliche Wachstumsrate ihrer Gesamtleistungen sofort von nominal 6,2% auf real 11,3% erhöhen sollten - die USA als ausschlaggebendes Land haben ihre Hilfe allerdings im Gegenteil reduziert -, "würden die EL weniger Hilfe erhalten, als nach verschiedenen voneinander unabhängigen Berechnungen nötig wäre, um ein Wirtschaftswachstum von 6% zu ermöglichen." (NZZ v. 18.3.72)

Kein Resultat erbrachte die Genfer Welthandelskonferenz in der für die von Rohstoffexporten abhängigen EL so wichtigen Frage der Rohstoffabkommen. Nach den neuesten Schätzungen entfielen von den Gesamtausfuhren aller EL nur etwa 20% auf verarbeitete Waren, die verbleibenden 80% auf Rohstoffe; nach dem Pearson-Bericht sogar fast 90%. Besonders groß ist der Anteil der landwirtschaftlichen Rohstoffe, nämlich 40% des Gesamtexports. Wenn man das Erdöl ausklammert, liegt ihr Anteil am Gesamtexport der EL sogar bei durchschnittlich 60%. Der Pearson-Bericht hebt hervor, daß 50% der Exporterlöse von etwa der Hälfte aller Entwicklungsländer auf der Ausfuhr eines einzigen Rohstoffs beruhen, und daß 75% dieser Länder mehr als 60% ihrer Devisen aus dem Export von nur drei Rohstoffen erlangen.

"Die schwankende Höhe der Deviseneinnahmen aus dem Rohstoffexport stellt somit einen großen Unsicherheitsfaktor dar, der die wirtschaftliche Planung erschwert. Das angestrebte Mindestziel bestand darin, die Rohstoffexporte - und damit die daraus zu erzielenden Erlöse - auf eine stabilere Basis zu stellen."<sup>3)</sup>

Waren die Ergebnisse der Konferenz auch wenig mehr als Makulatur, so gab sie doch den Vertretern der sozialistischen Staaten, wie dem damaligen Wirtschaftsminister Cubas, Ernesto Che Guevara, die Möglichkeit, durch ihre Mitarbeit imperialistische Machenschaften aufzudecken, die begrenzten Möglichkeiten der UNCTAD aufzuzeigen und vor der Weltöffentlichkeit eine sozialistische Entwicklungsalternative zu propagieren.

Die UNCTAD I hatte den meisten EL klargemacht, daß sie, wollten sie auch nur minimale Zugeständnisse der imperialistischen Staaten erreichen, geschlossen und mit einem einheitlichen Programm auftreten müßten. Sie schlossen sich zur "Gruppe der 77" zusammen (heute sind bereits 96 Staaten Mitglied dieser Arbeitsgemeinschaft) und verabschiedeten 1967 mit der "Charta von Algier" ein gemeinsames Aktionsprogramm für die 2. Welthandelskonferenz, die 1968 in Neu-Delhi stattfinden sollte. Zwar konnte die Charta die Widersprüche zwischen einzelnen Ländern und Ländergruppen nur schwer überdecken (z.B. wollten die Regierungen der francophonen afrikanischen Staaten nicht zugunsten einer allgemeinen Regelung auf die Brosamen verzichten, die ihnen durch die Assoziation an die EWG zugefallen waren), doch war es gelungen, über allgemeine Absichtserklärungen hinaus konkrete und detaillierte Forderungen aufzustellen: so zu Fragen der Rohstoffabkommen, der Ausweitung des Exports fertiger und halbfertiger Erzeugnisse, des "unsichtbaren" Handels und der Schifffahrt sowie bezüglich besonderer Maßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder.

Die Eröffnungsrede des algerischen Staatspräsidenten Boumedienne, der auf die politische Bedeutung wirtschaftlicher Forderungen und auf die Ursachen der Unterentwicklung hinwies, die es zu beseitigen gelte, kommentiert eine Broschüre der Bundesstelle für Außenhandelsinformation<sup>4)</sup> empört: "Der Präsident des Revolutionsrates hielt eine ausschließlich politische Rede. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß er sich dabei wirtschaftlicher Argumente bediente."

Der Versuch der progressiven Staaten, der Charta eine eindeutige politische Stoßrichtung zu geben, scheiterte allerdings am Einspruch der Vertreter reaktionärer Regimes, die bereit waren, über dieser Frage die "Gruppe der 77" auseinanderbrechen zu lassen.

Die 2. Welthandelskonferenz, die auf dem Höhepunkt der Goldkrise 1968 in Neu-Dehli stattfand, brachte in der Substanz keinerlei Verbesserungen. Rohstoffabkommen wurden als "wirksame internationale Maßnahmen" anerkannt; bezüglich der Entwicklungsfinanzierung wurde die 1%-Forderung als Anteil des Bruttosozialprodukts bekräftigt. Keine der in der "Charta von Algier" aufgestellten Forderungen wurde erfüllt. Die UNCTAD bekam einen neuen Namen: "United Nations Conference on Trade and Development".

Während auf den Welthandelskonferenzen fruchtlose Diskussionen geführt wurden über die allgemeine Anerkennung von Prinzipien und über die Höhe von - in ihrer Abstraktheit ohnehin unrealistischen - Forderungen, verschlechterte sich die Position der ausgebeuteten Länder weiter: Lag ihr Anteil an den gesamten Weltexporten im Jahre 1950 noch bei fast 32%, so waren es 1969 nur noch 17,7%; mit diesem Anteil tätigten sie 1970 40% aller Welt-Rohstoffausfuhren, ca. 60% entfielen auf die entwickelten kapitalistischen Länder. Während jedoch der Marktanteil der Rohstoffe am gesamten Weltmarkt von 44% im Jahre 1960 auf 33% im Jahre 1969 zugunsten der Industriewaren sank, verminderte sich der Anteil der Rohstoffe am Export der EL weit weniger rasch - von 85% auf 76% im gleichen Zeitraum. (Die Exporterlöse der EL sind in dieser Zeit zwar um etwa 150% gestiegen, die der entwickelten kapitalistischen Länder jedoch um über 420%).

Die 1971 in Kraft getretene Präferenzregelung der EWG zugunsten von Halb- und Fertigwareneinfuhren aus 91 EL ist durch einen umfangreichen Ausnahmekatalog dermaßen eingeschränkt, daß Otto Matzke in der Zeitschrift "Das Parlament"<sup>5)</sup> zu der Feststellung gelangt: "Die zollfreie Einfuhr ist lediglich für solche Warenpositionen nicht begrenzt, bezüglich derer die EL ohnehin nicht liefern können."

Die Schuldenlast der EL ist unterdessen alarmierend weiter angewachsen und dürfte noch in diesem Jahr die 80 Mrd Dollar-Grenze erreichen. Es ist damit zu rechnen, daß der Nettobetrag der Leistungen an die EL

16 bis 1975 null oder sogar negativ sein wird,

wenn man zusätzlich in Rechnung stellt, daß der jährliche Rückfluß von Investitionseinnahmen schon jetzt größer ist als die jährlichen privaten Investitionen. (Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 18.3.72)

Der Verlust, den die EL im Gefolge der jüngsten Währungskrise und der Abwertung des Dollars erlitten, wurde von der UNCTAD auf rund 950 Mio Dollar beziffert. (Da die meisten Devisenreserven dieser Länder aus dem "Ersatzgold" Dollar bestehen, wurden diese mitabgewertet; langfristige Exportverträge werden meist auf Dollar-Basis abgeschlossen; die Erlöse wurden somit durch die Abwertung - real - ebenfalls vermindert.)

Die Forderung nach einer Neuordnung des internationalen Währungssystems im Rahmen einer Weltwährungskonferenz unter Beteiligung der EL stand daher im Aktionsprogramm der "Gruppe der 77", das diese für die UNCTAD III im November 1971 in Lima beschlossen hatten, an erster Stelle: "Es ist völlig unannehmbar, daß eine begrenzte Gruppe (gemeint ist der "Zehnerclub", bestehend aus den zehn stärksten kapitalistischen Staaten; d.Verf.) von Ländern außerhalb des Bereichs des Internationalen Währungsfonds versucht, lebenswichtige Beschlüsse über die Zukunft des internationalen Währungssystems zu fassen, deren Tragweite die ganze Weltgemeinschaft umfaßt."<sup>6)</sup> (Im Internationalen Währungsfond - IWF - sind die EL mit einem Stimmanteil von 30% vertreten.)

In Zusammenhang damit stand die Forderung nach der Umwandlung der Weltbank in eine reine Entwicklungsbank und die Frage des "Link" (=Koppelung), d.h. einer Nutzbarmachung der "Sonderziehungsrechte" zur zusätzlichen Finanzierung von Entwicklungsvorhaben. (Sonderziehungsrechte sind kurzfristige Zuteilungen des IWF, sind künstliche Liquidität ("Papiergold") zur Überbrückung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten einzelner Länder. Die Höhe der Zuteilung richtet sich nach den geleisteten Einzahlungen.)

Die übrigen Forderungen waren im Grunde die gleichen, die bereits 1964 der UNCTAD I zur Behandlung vorgelegen hatten.

Gleich zu Beginn der Konferenz wurden seitens der imperialistischen Mächte patriarchalische Töne angeschlagen: Während Bundesminister Schiller die Versammelten als "Mitglieder einer großen Familie" ansprach, tadelte ein US-Repräsentant die Verurteilung der von den USA zeitweilig erhobenen 10%-



igen Importabgabe als "ungehörig und unnütz".

In der Diskussion über Sachfragen zeigten die Vertreter der EWG ein nicht ungeschicktes Zusammenspiel. So gebärdete sich der französische Finanzminister Giscard d'Estaing durchaus progressiv - z.B. in der Frage des "Link" und der Rohstoffabkommen -, wohl wissend, daß die Bedenken seines westdeutschen Kollegen Schiller die notwendige gemeinsame Haltung der EWG-Staaten torpedieren würden. Dieser durfte zur eigenen Profilierung dann ein Programm "weicher" Kredite für die "Ärmsten der Armen" ankündigen. Und im Zweifelsfall war auf das negative Votum der USA immer Verlaß.

Das Ergebnis dieser Farce war - wie bereits angedeutet - äußerst mager. Die Idee einer Weltwährungskonferenz wurde verworfen; statt dessen soll dem IWF ein 20-köpfiges, beratendes Gremium beigeordnet werden, in welchem außer dem "Zehnerclub" und Australien 9 Vertreter der EL Sitz und Stimme haben sollen. In der Frage der Sonderziehungsrechte konnte keine Einigung erzielt werden; das Prinzip ihrer Koppelung mit der Entwicklungsfinanzierung wurde abgelehnt. Eine Erweiterung der bereits bestehenden Zollpräferenzen blieb ebenso auf der Strecke wie die Forderung nach weiteren Rohstoffabkommen. Die NZZ resümierte das Ergebnis der Konferenz folgendermaßen: "Der Grund für diese Enttäuschung liegt sicherlich zu einem guten Teil im fehlenden Realitätssinn, ignorieren doch viele Entwicklungsländer im Streit um hohe Prinzipien oft sträflich die realen Verhältnisse." (NZZ v. 23.5.72)

Neben der Analyse der ambivalenten politischen Aspekte der UNCTAD gilt es generell zu überlegen, inwiefern die aufgestellten Forderungen tatsächlich den dringlichsten Nöten der Entwicklungsländer entsprechen (d.h., ob sie einen Weg aus der Unterentwicklung zu weisen vermögen) und ferner, welche Chance der Verwirklichung diese Forderungen oder Empfehlungen haben.

Die "Konfrontation" der meisten Delegierten der Entwicklungsländer mit Vertretern der kapitalistischen Industrieländer besteht darin, im Rampenlicht der Öffentlichkeit von diesen einen Verzicht auf Extraprofite zu verlangen, die sie ihnen zu Hause und im Stillen dennoch zugestehen. Neben dem Ziel, tatsächlich bessere Bedingungen für den eigenen kapitalistischen Akkumulationsprozeß eingeräumt zu bekommen, besteht eine wesentliche Funktion der meisten Forde-

rungen darin, der eigenen Bevölkerung propagandistisch eine anti-imperialistische Haltung vorzutäuschen. In der "Erklärung von Lima" beispielsweise unterstreichen die 96 Entwicklungsländer, "daß die wesentliche Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer bei ihnen selbst liegt und daß sie deshalb entschlossen sind, alle Anstrengungen zur Lösung ihrer Probleme zu machen, notwendige Reformen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vorzunehmen, ihre Ressourcen voll auszuschöpfen und die Beteiligung ihrer Menschen am Prozeß und an den Früchten der Entwicklung zu sichern." Sind solche Absichtserklärungen für Länder wie Kuba, Algerien, Tansania und Chile (und einige wenige andere) ernst zu nehmen, so müssen sie in Bezug auf die meisten anderen Unterzeichnerländer (darunter Haiti, Südvietnam, Brasilien, Bolivien, Guatemala etc.) äußerste Skepsis hervorrufen. Auf den ersten Blick scheinen die Forderungen den dringendsten Bedürfnissen der Entwicklungsländer zu entsprechen und in der Tat können sie ein Etappenziel auf dem Weg zur nationalen und sozialen Emanzipation sein. Dabei kommt es aber wesentlich auf den sozialökonomischen und politischen Rahmen, innerhalb dessen diese Forderungen realisiert werden sollen, an; dieser bestimmt Inhalt, Struktur und Perspektive der Veränderungswünsche. So z.B. nützt die Forderung der Stabilisierung der Rohstoffpreise wenig, wenn wesentliche Rohstoffquellen von internationalen Konzernen ausgebeutet werden und diese ebenfalls über die Vermarktungsagenturen bzw. die Weiterverarbeitungsanlagen verfügen. Preisstabilisierung und Rohstoffabkommen nützen auch wenig, wenn die Regierung nicht bereit ist, die Deviseneinkünfte aus den Rohstoffexporten zur sinnvollen industriellen oder infrastrukturellen Investition zu verwenden. Die Rede von der Diversifikation der Produktion bleibt gleichfalls abstrakt, wenn darunter auch verstanden werden kann, daß etwa die Produktion von Farbfernsehgeräten (wie jüngst in Brasilien) und anderen dauerhaften, nur der schmalen Oberschicht zugänglichen Elektrogeräten sowie von Automobilen aufgenommen werden soll. Die Forderung schließlich, die Regierungen von "entwickelten Marktwirtschaftsländern" (=kapitalistische Länder) sollten ihre im Ausland operierenden Firmen dazu veranlassen, zu "vernünftigen und fairen Bedingungen" Technologien zu überlassen und überdies auf die Beseitigung von "restriktiven Maßnahmen bei der Marktaufteilung und der Preisfestset-

zung" hinwirken, ist ebenso naiv wie der Wunsch nach Erlangung von Forschungsergebnissen aus Instituten und Universitäten "der entwickelten Länder". Dies hieße das gesamte Patente- und Lizenzgeschäft liquidieren und auf technologische Vorteile freiwillig verzichten!

In dem Maße, in dem sich die Krise der kapitalistischen Länder zuspitzt, werden, wie es die Reaktionen der USA im August 1971 und die Einschränkung der schon zugestandenen einseitigen Handelspräferenzen der EWG-Staaten beweisen -, die den Entwicklungsländern eingeräumten Konzessionen rückgängig gemacht - soweit sie nämlich nicht den Bedürfnissen der imperialistischen Staaten im Rahmen einer sich durchaus wandelnden Weltarbeitsteilung entsprechen. Dies schließt nicht aus, daß von dem einen oder anderen imperialistischen Land - wie der BRD mit ihrer Offerte an die "Ärmsten" - Verbesserungen in den Kreditkonditionen gewährt werden, um dessen Position in verschiedenen Ländern gegenüber konkurrierenden imperialistischen Staaten zu stärken oder aber um das Ausplünderungssystem insgesamt in Gang zu halten. Totale Zahlungsunfähigkeit und explosiv ansteigende Massenarbeitslosigkeit könnten ökonomisch und politisch die Permanenz des "partnerschaftlichen Verhältnisses" zwischen den ungleichen Antipoden sehr empfindlich stören.

Dort, wo die ausgebeuteten Klassen selbst die Verfügung über ihre nationalen Reichtümer in die Hand nehmen und die gesellschaftlichen Klassen von der Macht entfernen, die die fortgesetzte Ausbeutung durch ausländische Konzerne garantieren (wie in Chile), reagieren die "Partner" mit offenen Repressalien bis hin zur Androhung - und Praktizierung - militärischer Gewalt. Wenn diese Länder jedoch diesen Weg der "Hilfe durch Selbsthilfe" beschreiten - und das wurde in Santiago erneut dokumentiert - haben sie die volle Unterstützung des sozialistischen Lagers. Geht es doch nicht um Entwicklung schlechthin durch "partnerschaftliche Kooperation", sondern um die Beseitigung "der kolonialen und neokolonialen Ausbeutung sowie der Klassenausbeutung im Innern" (Allende auf der UNCTAD). Eine ebenso klare - entgegengesetzte - Klassenposition kommt in der Äußerung von Hans Kuntze, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer des BDI, zum Ausdruck: "Wir haben diese Dinge nicht von der sozial-ethischen Seite zu sehen, wir haben sie zu sehen von der Aufgabe her, die das Gesetz uns stellt, nach dem wir angetreten sind."

## Anmerkungen

- 1) UNCTAD = United Nations Conference on Trade and Development
- 2) Die "Meistbegünstigungsklausel" beinhaltet den Grundsatz, daß alle Vorteile, die einem Partner eingeräumt werden, automatisch auch allen anderen Mitgliedern des GATT zugestanden werden.
- 3) Otto Matzke, Der Widerspruch zwischen Handels- und Entwicklungspolitik, in: Das Parlament v. 22.4.72 (Beilage) S.29
- 4) Markus Timmer, "Gruppe der 77" und Charta von Algier, hrsg. v. der BfA, Köln 1968, S.10
- 5) a.a.O., S.35
- 6) Erklärung und Aktionsprogramm von Lima; in: Materialien zur Entwicklungspolitik Nr.27, hrsg. vom BMZ, März 1972, S.13

# CHILE

Wir setzen hiermit den Abdruck von Geheimdokumenten der International Telephone and Telegraph Corporation (ITT), deren Entzignung inzwischen vom chilenischen Parlament beschlossen wurde, fort.

Gleichzeitig möchten wir eine Angabe zu dem in AIB Nr. 5/72 gebrachten Dokument nachholen: Es handelte sich um einen Brief des public-relations Chefs für Lateinamerika, Berrellez, an Edward Gerrity, den Vicepräsidenten sen. der ITT, vom 17. September 1970.

## DIE GEHEIMDOKUMENTE DER ITT (2)

An Mr. H.S. Geneen<sup>1)</sup> - Intel Brüssel  
Von E.J. Gerrity<sup>2)</sup>  
29. September 1970

CC F.J. Dunleavy - Intel Brüssel  
Guilfoyle<sup>3)</sup> - ITTHQNY  
Merriam<sup>4)</sup> - ITT Washington

Persönlich und vertraulich

Nach Ihrem gestrigen Anruf erhielt ich ein Gespräch aus Washington, und ein Vertreter hat mich heute morgen aufgesucht. Es war der Mann, den Sie vor einigen Wochen mit Merriam getroffen haben. Wir diskutierten die Situation eingehend, und er machte Vorschläge, die sich auf Empfehlungen unseres Vertreters bezüglich der Lage und Analyse in Washington stützten. Nach diesem Vorschlag, mit dem ich nicht völlig übereinstimme, soll wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden.

## FREIS SCHWÄCHE

Das Außenministerium ist der Meinung, daß ein Faktor, der Allende den Weg geebnet hat, der Fehler Präsident Freis war, keine starke Position gegen Dr. Allende zu beziehen. Man meint, er [Allende] hätte aufgehalten werden können, wenn Frei fest für sein Land eingetreten wäre und den Versuch aufgeben würde, die Rolle des Hamlet zu spielen in dem Wunsch, als großer Demokrat in die Geschichte einzugehen. Frei hat die Christdemokraten nicht in dem Maße sammeln können, wie es für möglich gehalten wurde.

Alle vergangenen Urteile über Freis Schwächen in einer Krise bestätigen sich. Schlimmer noch, es steht ohne jeden Zweifel fest, daß er sogar falsch spielte, um sein Image als größter lateinamerikanischer Demokrat zu erhalten. Ein Beispiel: er versicherte einigen seiner Minister, daß er bereit sei, sich durch einen Militär-Putsch absetzen zu lassen. Dies würde ihn von jeder Beteiligung an einem Putsch lossprechen, der seinerseits Allende zu Fall bringen würde. Dann machte er jedoch eine Kehrtwendung und sagte den obersten Militärs, daß er unbedingt gegen jeden Putsch sei. [...]

## WIRTSCHAFTLICHER DRUCK

Einige Wirtschaftszweige fördern den wirtschaftlichen Zusammenbruch, in der Hoffnung, daß dieser letztlich eine Machtübernahme der Militärs notwendig machen oder Alessandri bei der Abstimmung im Kongress stärken würde. Unter der Hand sind Bestrebungen im Gange, ein oder zwei der wichtigsten Spar- und Kreditinstitute in den Bankrott zu treiben. Davon erwartet man sich ein Ansturm auf die Banken und das Schließen einiger Betriebe mit dem Ergebnis einer höheren Arbeitslosigkeit.

Der aus dem wirtschaftlichen Chaos resultierende Druck könnte einen erheblichen Teil der Christdemokratischen Partei dazu zwingen, ihre Haltung gegenüber Allende bei der Entscheidungsabstimmung im Kongress neu zu überdenken. Es würde offenbar werden, daß in den Kreisen der Wirtschaft kein Vertrauen gegenüber der zukünftigen Politik Allendes besteht und daß das Wohlergehen der Nation auf dem Spiel steht.

Wichtiger noch: massive Arbeitslosigkeit und Unruhe könnten genügend Gewalttätigkeit hervorrufen, um das Militär zum Einschreiten zu zwingen. Der Erfolg dieses Manövers hängt in hohem Maße von der Reaktion der extremen und gewalttätigen (castristisch-

marxistischen) Linken in Allendes Lager ab. Bis jetzt hat er diese Elemente unter Kontrolle halten können. [...]

Eine extrem rechte Gruppe setzte am 27. September eine Reihe von Terrorakten in Szene (meist mit Bomben), die einen amateurhaften Versuch darzustellen scheinen, castristisch-marxistische Gruppen zu einem gewalttätigen Gegenschlag zu provozieren, der günstige Bedingungen für eine militärische Intervention schaffen würde. Die Bomben riefen außer einer raschen Polizeiaktion, die die Verhaftung einiger der Bombenwerfer zur Folge hatte, absolut nichts hervor. Wie wir aus maßgeblichen Quellen erfahren, war dies der letzte Versuch der extremen Rechten, die extreme Linke in dieser besonderen Art und Weise zu provozieren.

## ATMOSPHERE DER WIRKUNGSLOSIGKEIT

Als Resultat dieser chilenischen Trägheit hat sich das Gefühl der Niederlage in wichtigen und einflußreichen Teilen der Gesellschaft breitgemacht; einige Wirtschaftsleute, die bereit schienen, sich gegen Allende einzusetzen, sprechen jetzt davon, daß sie versuchen, sich mit ihm zu arrangieren. Andere haben aufgegeben und bereiten sich darauf vor, das Land zu verlassen. Eine weitere Einschätzung des Außenministeriums [der USA] besagt, daß das Versagen der Chilenen selbst beim energischen Kampf gegen Allende es für Außenstehende wie den USA und Argentinien so schwierig macht, sich einzumischen und Allende direkt oder indirekt aufzuhalten.



## DIE RUSSEN

Mittlerweile sind die Russen eifrig dabei, die Verteidigungslinien Allendes zu stützen. Seit den Wahlen am 4. September bekam die russische Botschaft in Santiago zwanzig neue Mitglieder. [...]

Folgendes wurde vorgeschlagen:

1. Die Banken sollten keine Kredite erneuern oder die Kreditvergabe verzögern.
2. Firmen sollten Geldunterstützungen, Lieferungen, die Verschiffung von Ersatzteilen etc. verschleppen.
3. Die dortigen Spar- und Darlehnsgesellschaften haben Probleme. Falls auf sie Druck ausgeübt würde, wären sie gezwungen zu schließen, was noch stärkeren Druck hervorrufen würde.
4. Wir sollten jede technische Hilfe zurückziehen und in Zukunft keinerlei technische Hilfe zur Verfügung stellen. Firmen, die dazu in der Lage sind, sollten schließen.
5. Es wurde eine Liste von Firmen erstellt und vorgeschlagen, daß wir uns wie oben beschrieben an sie wenden sollten. Mir wurde gesagt, daß von allen betroffenen Firmen allein unsere sich entsprechend verhalten und das Problem verstanden haben. Der Besucher fügte hinzu, daß die Finanzierung kein Problem sei.

Er wies darauf hin, daß gewisse Maßnahmen getroffen würden, daß er aber nach weiterer Unterstützung Ausschau halte, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen wolle. Ich besprach die Vorschläge mit Gullfoyle. Er trat mit einigen Firmen in Verbindung, die sagten, sie hätten Anweisungen erhalten, die den Vorschlägen, die ich bekommen hatte, genau entgegengesetzt waren.

Ich weiß wirklich nicht, wie wir die anderen Betroffenen dazu veranlassen können, dem vorgeschlagenen Plan zu folgen. Wir können mit Schlüsselunternehmen über ihre Reaktion sprechen und Vorschläge machen, in der Hoffnung, daß sie mitmachen. Informationen, die wir aus anderer Quelle heute erhielten, deuten darauf hin, daß in jedem Fall sich eine wachsende Wirtschaftskrise abzeichnet. [...]

An: Mr. McCone

Von: W. R. Merriam

9. Oktober 1970

Persönlich und vertraulich

Auf Ned Gerritys Vorschlag füge ich die Zusammenfassung eines Berichtes bei, den wir kürzlich von unseren Leuten in Lateinamerika erhielten. Ich glaube, Sie werden ihn interessant finden.

Heute Mittag aß ich zusammen mit unserem Kontaktmann bei der McLean Agentur;<sup>5)</sup> ich fasse für Sie die Ergebnisse unseres Gespräches zusammen. Er ist immer noch sehr pessimistisch hinsichtlich der Möglichkeit, Allende bei der Abstimmung im Kongress am 24. Oktober zu schlagen. Es werden weitere Versuche unternommen, Mitglieder der Armee auszuwählen, damit sie eine Art Aufstand anführen - bis jetzt ohne Erfolg.

Mittlerweile setzt Allende seine Treffen mit kleinen Gruppen aus der Armee, der Marine und der Luftwaffe fort, in denen er ihnen verspricht, daß er persönlich dafür sorgen wird, daß sie gefördert werden, daß ihre Gehälter erhöht werden, etc. Daher ist es leicht zu verstehen, warum wir Probleme haben, die Militärs zum Handeln zu bringen. [...]

Es sind bei dem Versuch, mit amerikanischen Firmen in irgendeiner Weise zu kooperieren, um ein wirtschaftliches Chaos zu erzeugen, praktisch kaum Fortschritte gemacht worden. General Motors und Ford zum Beispiel behaupten, daß sie zu viele Bestände in Chile auf Lager hätten, um irgend etwas zu riskieren, und daß sie weiterhin hoffen, daß alles gut ausgehen wird. Auch hatte die "Bank of America" eingewilligt, ihre Pforten in Santiago zu schließen, aber jeden Tag schiebt sie das Unvermeidliche weiter hinaus. Nach meiner Informationsquelle müssen wir den Druck auf die Wirtschaft aufrechterhalten. [...]

#### NIEDERLAGE ALLENDES UNWAHRSCHEINLICH

Eine Niederlage Allendes im Kongress scheint zu diesem Zeitpunkt unwahrscheinlich. Der christ-demokratische Kandidat, Radomiro Tomic, der verloren hat, unterstützt noch immer Allende und kann einen erheblichen Teil der Stimmen der P.D.C. mitnehmen. Berichte aus Santiago deuten an, daß Allende und Tomic vor den Wahlen übereinkamen, daß keiner von beiden bei einer Entscheidung im Kongress Alessandri unterstützen würde. Tomics kontinuierliche Unterstützung Allendes scheint das zu bestätigen.

Trotz des Pessimismus werden Versuche unternommen, Frei und/oder Militärs in Bewegung zu setzen, um Allende zu stoppen. Außerdem werden die Anstrengungen fortgesetzt, die extreme Linke zu einer gewalttätigen Reaktion zu provozieren, die das Klima erzeugen soll, das eine militärische Intervention erfordert.

An: E. J. Gerrity

Von: H. Hendrix

16. Oktober 1970

Persönlich und vertraulich.

Falls es nicht bis Mitte nächster Woche zu einer Aktion von seiten ehemaliger chilenischer Militärs kommt, wird Salvador Allende die Kongresswahlen am 24. Oktober mit Leichtigkeit gewinnen und am 4. November als Präsident eingesetzt werden - darüber besteht in Santiago Einigkeit.

Die Chance für einen Militärputsch ist gering, aber sie besteht mindestens bis zu diesem Tag weiter.

Eine Schlüsselfigur bei diesem möglichen Putsch ist der frühere Brigadegeneral Roberto Viaux, der im vergangenen Oktober einen Aufstand des 1. Artillerie-Regiments für bessere Besoldung und verbesserte Arbeitsbedingungen anführte. Diese Revolte brach schnell zusammen. Viaux wurde kurzerhand aus der Armee ausgestoßen, aber seine Aktionen machten ihn über Nacht für eine große Zahl von aktiven und ehemaligen Offizieren und für die Soldaten zum Helden.

Offensichtlich wollte Viaux letzte Woche einen Aufstand auslösen. Gerüchte, er plane am 9. oder 10. Oktober einen Staatsstreich, kursierten in Chile und gelangten sogar nach Buenos Aires, Argentinien.

Es ist eine Tatsache, daß Viaux in der vergangenen Woche aus Washington Anweisung erhielt, sich zurückzuhalten. Man war der Ansicht, er sei nicht genügend vorbereitet, der Zeitpunkt für einen Staatsstreich sei verpasst, und er solle sich bis zu einem späteren, nicht näher spezifizierten Zeitpunkt zurückhalten. Gesandte machten ihm klar, daß seine Niederlage, falls er vor-schnell handeln und verlieren würde, eine "Schweinebucht" in Chile bedeuten würde.

Um Viaux zu einem Aufschub zu überreden, wurden ihm mündliche Zusagen gemacht, daß er für ein späteres Unternehmen materielle Hilfe und Unterstützung von seiten der USA und anderer Staaten erhalten werde. Es muß erwähnt werden, daß Freunde Viauxs wiederholt berichteten, daß Viaux nur materiellen Zusagen etwas skeptisch gegenübersteht.

In der Zwischenzeit hat Viaux mit hochdekorierten und jüngeren Offizieren über Aktionen verhandelt, mit denen verhindert werden soll, daß Allende Präsident wird. Er hat von einigen, aber - soweit wir wissen - unglücklicherweise nicht von allen Kommandeuren der entscheidenden Truppenteile Hilfezusagen.

Allende muß offensichtlich von solchen Verschwörungen Kenntnis haben, seit seine Unidad Popular fast überall in Chile eingedrungen ist. In einer improvisierten Rede Anfang dieser Woche sagte er, daß es in Chile "gegenwärtig von CIA-Agenten nur so wimmele."

Eine wichtige Detailinformation wurde im Laufe der Woche in Chile vermerkt. Der Flottenkommandant, Admiral Fernando Porta, wurde zeitweilig seines Amtes enthoben. Sein plötzlicher Abgang von der Szene wurde inoffiziell auf ein Treffen von vier anderen Admiralen mit Allende zurückgeführt, das mit der Zustimmung Admiral Portas zustande gekommen war. Das Treffen hatte angeblich stattgefunden, um Allende die Unterstützung der Flotte zu beteuern.

Auch ist bedeutsam, daß trotz allen Klatsches und allen Spekulationen über Viaux nichts gegen ihn unternommen wurde. Jedoch zeigt der Armeekommandeur, General René Schneider, keine offenen Absichten, Viaux zu unterstützen.

Inzwischen haben Allende und seine Vertreter die Armee auf verschiedenen Gebieten heiß umworben und haben in die niederen Ränge weiteren Eingang gefunden. Viele haben beschlossen, Allende zu unterstützen, nachdem sie seine Versprechen gehört hatten, der Armee eine größere Rolle bei der Entwicklung der Infrastruktur des Landes zuzusprechen: eine Rolle, die dem eines US-Corps von Technikern ähnlich ist.

Allende hat auch verschiedenen Offizieren versprochen, die Organisation des Militärs nicht zu verändern. Aber er ist keine Verpflichtungen im Hinblick auf personelle Veränderungen eingegangen. Ein ehemaliger Offizier wies darauf hin, daß Allende als Präsident sich nur soviel Zeit zu lassen braucht, um einen loyalen Mayor oder Hauptmann zum General zu befördern und alle anderen Offiziere höheren Ranges würden automatisch ihres Amtes enthoben. Das ist eine in Lateinamerika nicht unübliche Verfahrensweise. [...]

#### Anmerkungen:

- 1) H. S. Geneen - Präsident der ITT
- 2) E. J. Gerrity - Vizepräsident Senior der ITT mit dem Ressort Öffentlichkeitsarbeit und -beziehungen

- 3) J. Guilfoyle - Vizepräsident der ITT in New York und Präsident der ITT für Lateinamerika
- 4) W. R. Merriam - Vizepräsident der ITT, Leiter des Büros in Washington
- 5) CIA

(Quelle: Documentos Secretos de la ITT, Santiago-Chile, 1972)

Adressenänderungen  
 bitte  
 r e c h t z e i t i g  
 bekanntgeben

## KURZ- INFORMATION

PALÄSTINA: 400 Delegierte des 1. Palästinensischen Volkskongresses (7.-10. April 1972) haben in Kairo ein einheitliches Kampfprogramm gegen die israelische Aggression beschlossen. Das Programm wurde auch vom Palästinensischen Nationalrat (PNC), der von der Liga der Arabischen Staaten anerkannten politischen Repräsentation des arabischen Volkes von Palästina, einstimmig angenommen. In dem Programm wird vorgeschlagen, alle gegenwärtig wirkenden Teilkkräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung, die sich der politischen Grundlinie und dem politischen Programm unterordnen, in die Befreiungsorganisation PLO zu integrieren. Keine politische Organisation soll künftig das Recht haben, außerhalb der PLO militärische Einheiten aufzustellen (ND, 9.4.1972).

WELTKIRCHENRAT/SÜDAFRIKA: Ein vom Weltkirchenrat gebildeter Programmausschuß für den Kampf gegen Rassismus hat Anfang Mai nach fünftägiger Beratung die Forderung aufgestellt, daß alle ausländischen Investitio-

nen in Südafrika zurückgezogen werden sollen. Zu Beginn einer verstärkten Kampagne gegen die Herrschaft der weißen Minderheit in Südafrika sollen "Ausmaß und Art der Beteiligung multinationaler Firmen und Banken an der Wirtschaft Südafrikas" publik gemacht werden. (SZ, 12.5.1972) Der Ausschuß, dem Kirchenvertreter aus 13 Ländern in allen Erdteilen angehören, will darüber hinaus für das im August in Holland zusammentretende Zentralkomitee des Weltkirchenrates präzise Empfehlungen ausarbeiten. (FR, 6.5.1972)

BRD/RSA: Ende März/Anfang April weilte der ehemalige Außenminister und stellvertretende CDU-Vorsitzende Gerhard Schröder auf Einladung der South African Foundation in der Republik Südafrika (RSA). Die South African Foundation, die 1960 als propagandistische Schaltzentrale von Hochfinanz und exportorientiertem Großkapital gegründet worden war, um angesichts innerer Unruhen und einer einsetzenden weltpolitischen Isolierung Südafrikas dem rückläufigen Warenexport, der Kapitalflucht und der Auswanderung von Fachkräften entgegenzuwirken und ein "internationales Verständnis für die Lebensweise, Leistungen und Bestrebungen Südafrikas" zu wecken, fand in dem Christdemokraten einen verständnisvollen Gesprächspartner. Am Ende seiner sechzehntägigen Reise wies Schröder darauf hin, daß Südafrika in den Augen des westeuropäischen Großkapitals eine wichtige Position auf dem afrikanischen Kontinent innehatte und die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Westeuropa und dem südafrikanischen Rassistenregime verstärkt werden müßten. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen der RSA und der BRD sprach Schröder von einer "natürlichen Sympathie", die in der BRD für Südafrika herrsche und die auf lange bestehenden traditionellen Bindungen beruhe. Er sei der Ansicht, daß "diese Bindungen und ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessert werden könnten". Er für seinen Teil wolle dazu beitragen. Nachdem er mit Premierminister Vorster, Außenminister Muller und Verteidigungsminister Botha zusammengetroffen war, schied er wie viele seiner Parteifreunde und Fraktionskollegen, die vor ihm Südafrika bereisten, voller Bewunderung: Alles, was er gesehen habe, "ist beeindruckend modern und ... fortschrittlich." (The Star, Johannesburg 15.4.1972)

RSA: Die Politik der Rassendiskriminierung, derzufolge die 15 Mio. Afrikaner in 87 % des Gesamtterritoriums Südafrikas keine politischen und sozialen Rechte besitzen und in den "weißen" Gebieten nur als Lohnsklaven während einer zeitlich begrenzten Arbeitsvertragsdauer erwünscht sind, schlägt sich in städtebaulichen Planungen des Rassistenregimes nieder. Zur Unterbringung der für die Wirtschaft unentbehrlichen afrikanischen Arbeiterklasse entsteht in der Nähe von Johannesburg (Alexandra) ein modernes Getto für 60 000 Personen. Die ersten beiden von insgesamt 24 Wohnsilos sind für 2 800 Frauen und 2 600 Männer vor kurzem fertig gestellt worden. Die riesigen fünfgeschossigen kasernenähnlichen Gebäuden bestehen aus zwei- bis acht-Bett-Zimmern, die kleine Fenster in Augenhöhe und keine Heizung besitzen. In den gemeinsamen Eßräumen ist eine Kochstelle für jeweils fünf Personen vorgesehen und finden jeweils 150 Personen Platz. Ebenso gibt es nur große Waschräume zur gemeinsamen Benutzung. Die Miete für ein acht-Bett-Zimmer, die hauptsächlich für Männer vorgesehen sind, beträgt insgesamt etwa DM 190 (pro Person DM 24 - das monatliche Durchschnittseinkommen eines "nicht-weißen" Arbeiters in der verarbeitenden Industrie betrug 1970 etwa DM 240, das eines "weißen" Arbeiters etwa DM 1.050 - 1.100; 60 % der 500 000 in Soweto (bei Johannesburg) lebenden Afrikaner erhielten Mitte 1971 ein Einkommen, das



unter dem Existenzminimum lag). Die einzige Abgeordnete der liberalen Progressive Party im südafrikanischen Parlament, Helen Suzman, wies bereits am 25. Februar auf weitere Besonderheiten dieser Wohnkasernen hin: "Man muß es selbst gesehen haben, um es glauben zu können. Eine der besonderen Einrichtungen in dem Wohnhaus für Männer besteht aus

einer eingebauten Zelle und einem Dienstraum für Aufsichtsbeamte... Eine weitere Einrichtung ist eine elektronisch steuerbare Stahltür, die heruntergelassen werden kann, um jeden Teil des Gebäudes im Falle von Aufruhr oder Unruhe hermetisch abriegeln zu können." (X-Ray, Current Affairs in Southern Africa, Mai 1972, Nr.9)

GUINEA-BISSAU: Die Beteiligung des britischen Geheimdienstes und der NATO an einer Verschwörung der portugiesischen Kolonialisten gegen die Sonderkommission des UNO-Ausschusses für Entkolonialisierung, die im April dieses Jahres Guinea-Bissau bereiste, wird in einem Dokument aufgedeckt, das die Afrikanische Unabhängigkeitspartei von ("Portugiesisch-)Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) in Dakar veröffentlichte. Der "Pressesprecher der portugiesischen UNO-Mission erklärte vor Journalisten, Terroristen ... hätten die Naivität der Diplomaten ausgenützt. Die ganze "Mission" nach Portugiesisch-Guinea sei ein "Schwindel", da die Gruppe niemals das Gebiet der benachbarten Republik Guinea verlassen habe. Alle Überseeprovinzen Portugals seien fest in der Hand der portugiesischen Behörden...". (SZ, 13.4.72)

In dem Dokument der PAIGC heißt es, vor der Ankunft der UNO-Mission in den bereits von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreiten Gebieten des Landes habe das portugiesische Oberkommando einen Plan für Terrorakte gegen die Mitglieder der Mission ausgearbeitet. Zu diesem Zweck seien u.a. in den südlichen Gebieten Einheiten von Diversionstruppen konzentriert worden. NATO-Dienststellen und der britische Geheimdienst, heißt es in dem Dokument der PAIGC weiter, hätten die portugiesischen Behörden über den Termin der Ankunft der UNO-Mission und über ihre Reiseroute unterrichtet.

"Nur das energische und schnelle Handeln der Volksbefreiungsarmee und der PAIGC-Führung, die zu starken Gegenangriffen übergingen und die Reiseroute der Mission änderten, konnte die Sicherheit der Mitglieder der Mission und ihre erfolgreiche Arbeit in Guinea(Bissau) sichern", wurde betont. (ND, 13.5.72) Diese aus drei Mitgliedern des Entkolonisierungsausschusses (dessen Rechtmäßigkeit von Portugal generell bestritten wird) bestehende Sonderkommission war vom Ausschuß trotz Protests der portugiesischen Regierung beauftragt worden, **23**

die Verhältnisse in den befreiten Gebieten der portugiesischen Kolonien zu untersuchen. Filmmaterial, das in Guinea-Bissau hergestellt wurde, und die Berichte der Kommissionsmitglieder geben Aufschluß über das Ausmaß der Zerstörung, die durch die portugiesische Bombardierung der befreiten Gebiete angerichtet wurde.

RHODESIEN/USA: Der amerikanische Senator McGovern, aussichtsreicher Bewerber der Demokraten für die Präsidentschaft, hat den amerikanischen Senat aufgefordert, das Handelsembargo gegen Rhodesien zu erneuern. Der Senator begründete seine Forderung mit dem Hinweis, die kürzliche Lockerung der Handelsrestriktionen für rhodesisches Chrom habe tatsächlich dem Import von 72 anderen Waren Tür und Tor geöffnet. In einer von McGovern's Wahlzentrale veröffentlichten Erklärung heißt es, die Vereinigten Staaten hätten aus Gründen des privaten Profits die Stellung einer "illegalen, rassistischen weißen Regierung" gestärkt, die nur einen winzigen Bruchteil der rhodesischen Bevölkerung repräsentiere. Die USA sollten sich auf die Seite der für ihre Freiheit kämpfenden farbigen Rhodesier stellen, forderte McGovern. (SZ, 18.5.72)

CHILE: Die außenwirtschaftliche Position Chiles stellt nach wie vor einen äußerst verwundbaren Punkt bei der Verwirklichung des Programms der Unidad Popular (UP) dar. Da die Handelsbilanz 1971 mit einem Minus von 121 Mio Dollar abschloß, die Devisenvorräte infolge des Falls der Kupferpreise, der Verteuerung der Importe durch die Dollarabwertung fast völlig aufgebraucht sind, stellte die Regierung im November 1971 die Schuldentrückzahlung (1971: 380 Mio Dollar) ein und bat die Hauptgläubigerländer um einen Zahlungsaufschub von drei Jahren. Die Verhandlungen endeten am 19. April mit dem Kompromiß, daß Chile zunächst bis Ende 1972 70% seines Schuldendienstes durch bilaterale Kredite (deren Bedingungen noch auszuhandeln sind) refinanzieren wird. Ende 1972 beginnen schon wieder die Verhandlungen um die für 1973 fälligen Schuldenbeträge. Zwar gewährt diese Regelung der chilenischen Regierung eine kurze "Atempause", doch stellt sie gleichzeitig einen Hebel der Gläubigerländer (allen voran der USA, die mit 60% an der chilenischen Auslandsschuld beteiligt sind) dar, die Schritte der UP (etwa in Enteignungsfragen) ständig unter drohender Sanktionsgewalt zu halten. Die New York

Times v. 24.4. wertete die "Verständigkeit" der USA als Versuch der "Stärkung ... der Position der gemäßigten Sektoren in der marxistischen Regierung ... Wenn sie (die Gläubiger) Chile abgewiesen oder für jegliche chilenische Regierung unakzeptable Bedingungen gestellt hätten, würden sie die extreme Linke mit einem mächtigen Argument versehen, sich endgültig an den Sowjetblock um Hilfe zu wenden."

CHILE/BRD: Westdeutsche Konzerne sind nicht nur in der Türkei und in Spanien als Lohndrücker bekannt; sie versuchten es auch in Chile. Dort allerdings gaben die Arbeiter der "Trevira-Werke", (einer Tochtergesellschaft der "Farbwerke Höchst"), die mit 20 Mio DM die größte westdeutsche Investition auf chilenischem Boden darstellt, der Firmenleitung eine kurze und klare Antwort: Sie besetzten das Werk. 60 % des Kapitals dieses Werkes halten die Farbwerke Höchst, je 20 % die "Deutsche Entwicklungsgesellschaft" und die "Entwicklungsgesellschaft für Lateinamerika". Die Belegschaft verfasste einen Brief an Bundesminister Epyler, der anlässlich der UNCTAD III in Chile weilte, in dem es heißt: "Wir, die Arbeiter von Trevira, begrüßen den Minister, der angekündigt hat, daß er unserem Land aus der Unterentwicklung heraushelfen will. Es gibt in diesem Land aber ein Unternehmen, das das deutsche Volk in Verruf bringt und uns ausbeutet. Hoechst hat uns in diesen Arbeitskämpfe gezwungen..." (SZ, 15.5.72). Das Ergebnis dieses Kampfes bestand neben anderen Verbesserungen in einer Verdreifachung des Grundlohnes für die Trevira-Arbeiter.

CHILE/USA/BRD: Auch in der BRD mischt der größte Mischkonzern der Welt "International Telephone and Telegraph" (ITT), dessen Putschpläne gegen Präsident Allende vor der Weltöffentlichkeit aufgedeckt wurden, ordentlich mit. Der US-Konzern, der sein Netz über viele Länder warf, hat allein in der BRD die "ITT-Gesellschaft für Beteiligungen" mit einem Kapital von 400 Mio DM "gefangen", die "Standard Electric Lorenz AG" mit 241,5 Mio DM, die "Alfred Teves AG" mit 100 Mio, die "Graetz GmbH" mit 20 Mio, die "SWF-Spezialfabrik Gustav Rau" mit 23 Mio. Dazu kommen noch die "Intercontinental Lebensversicherung AG", die "AVIS-Autovermietung" und das neue "Sheraton Hotel" in München. (Metall, Nr. 9/72)

ND = Neues Deutschland  
FR = Frankfurter Rundschau  
SZ = Süddeutsche Zeitung